

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Moringhaus, Berlin.
Verlagspreiser: Amt Dänhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin G 2 61, Dettl.-Allee-Platz 6
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 9. September 1930

Mehr Macht der Sozialdemokratie

Warum?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, geliebt bei ihren Anhängern, gefürchtet bei ihren Gegnern, gehasst von den Feinden des Fortschritts und der Arbeiterklasse. Sie steht allein in diesem Wahlkampf, ohne Bundesgenossen, und dennoch zittern ihre Gegner vor ihrer Macht, dennoch fürchten sie, dass sie unwiderstehlich weiterwachsen wird. Immer grösser wird die Zahl der Parteien und Parteispitter, die gegen sie anrennen, als ob durch die Vermehrung der Zahl der Parteien ihrem Wachstum ein Damm entgegengesetzt werden könnte!

Am Ende eines lehrreichen Wahlkampfes, der wie kein anderer ein Kampf um die Demokratie und die Staatsmacht war, steht vor jedem Wähler das Gebot: mehr Macht der Sozialdemokratie! Jede Stimme nur der Liste 1!

Kein denkender Wähler, dem das Wohl des deutschen Volkes, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und die deutsche Stellung in einer friedlichen Welt am Herzen liegt, gibt seine Stimme einer anderen Partei!

Warum nicht KPD ?

Weil nur eine grosse geschlossene Arbeiterpartei, die bereit ist, die Verantwortung im Staat zu übernehmen, der Reaktion erfolgreich Widerstand leisten und positive Aufbauarbeit treiben kann. Weil eine Schwächung der Sozialdemokratie zugunsten der Kommunisten das Spiel der Reaktion erleichtern würde. Weil die Kommunistische Partei das Spiel mit einem neuen Weltkrieg begünstigt, weil sie mit kriegslüsternden Faschisten Hand in Hand arbeitet. Weil die Kommunistische Partei die Arbeiter verachtet, weil sie nicht für ihren Aufstieg und ihre Wohlfahrt kämpft, sondern in ihnen nur Kanonenfutter für weltrevolutionäre Experimente sieht, die nicht weniger verbrecherisch sind als imperialistische Experimente der Militaristen. Weil das russische Beispiel beweist, dass ein Sowjetdeutschland den Untergang der sozialen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterschaft, das wirtschaftliche Chaos, eine Zeit des entsetzlichsten hoffnungslosesten Elendes des deutschen arbeitenden Volkes bedeuten würde!

Warum nicht Nationalsozialisten ?

Weil die Nationalsozialisten nur eine andere Spielart kommunistischer Zerstörungswut sind! Weil sie das deutsche Volk, dessen Kultur vornehmlich auf der Bildung und dem politischen Sinn seiner Arbeiterklasse beruht, für deren Aufstieg die Sozialdemokratie seit mehr als einem halben Jahrhundert gearbeitet hat, der Staatsform der Analphabeten unterwerfen wollen! Die Nationalsozialisten schüren den traurigsten und verächtlichsten Rassenhass. Sie sind eine Partei gegen die politische Bildung des Volkes. Sie wollen inneres Chaos und neuen Krieg nach aussen. Die Partei der Lüge, des Mordes, des Krieges - so steht die mit dem Hakenkreuz gezeichnete Partei vor den Wählern.

Abrechnung mit den Parteien der Zerstörung und des Chaos, das ist das oberste Gebot !

Und die Parteien der Rechten?

Die deutschnationalen Politiker sind die Nachfolger jener Männer, die die Schuld für die verhängnisvolle deutsche Politik der Vorkriegszeit tragen. Die Kreise, die hinter dieser Partei stehen, sind die herrschenden Kreise des alten Kaiserreiches. Sie haben Deutschland ins Unglück geführt. Sie haben das deutsche Volk in den Weltkrieg hineinmanövriert, sie tragen die Schuld am Zusammenbruch und Unglück Deutschlands. Dennoch wollen sie zurück zum alten Obrigkeitsstaat! Die Wiederaufrichtung des Kastengeistes aus der Zeit des Kaisertums ist ihr Ziel. Über alles die Vorherrschaft der ostelbischen Junker für das ganze deutsche Volk, die Begünstigung des Grossgrundbesitzes, sei es auch um den Preis des Ruins der deutschen Volkswirtschaft! Was diese Partei will ist in einem Wort gesagt: ein Königreich der Reichen über die elenden Massen des armen Volkes!

Keine Stimme auch der Wirtschaftspartei! Warum nicht?

Weil hier der brutalste Gruppenegoismus triumphiert, die engstirnig reaktionäre Gesinnung der Hausbesitzer, der Geist der Ausplünderung der städtischen Mietsbevölkerung! Wirtschaftspartei: das ist die politische Zusammenfassung der politischen Ungebildeten in Deutschland, das ist die grandioseste politische Bierbankdummheit, die jedes reaktionäre Experiment gutheisst, die im Staate nur den Handlanger für die Erhöhung ihrer Rente auf Kosten des Volkes erblickt und die auf den Staat pfeift, wenn er von ihnen Opfer zum Wohle der Allgemeinheit erfordert.

Und die Deutsche Volkspartei?

Das ist mit wenigen Worten: Industriefeudalismus, brutaler Klassenkampf gegen das arbeitende Volk, Diktatur des Reichtums, Ausbeutung der Not des Volkes, künstliche Hochhaltung der Preise, die wahrhaft Schuldige an der Verlängerung der Wirtschaftskrise. Die Partei der Aufsichtsräte und der Unternehmer-syndici, ihre Parole: Profit über Volksinteresse.

Nicht die Rechte, aber auch nicht die Mitte!

Warum nicht Zentrum?

Hier werden die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die aus wesentlich religiösen Gründen dieser Partei immer noch folgen, schon innerhalb der Partei von den Vertretern des Grossbesitzes, in Industrie und Landwirtschaft systematisch zu Boden gehalten und abgewürgt. Die Kräfte der fortschrittlichen politischen Demokratie, die in dieser Partei lebendig zu sein schienen, sind im Verkümmern. Langsam und systematisch werden sie von den antidemokratischen Kräften in den Hintergrund gedrängt. Das ist nicht eine Partei grosszügig hoffnungsvoller Entwicklung!

Warum nicht Staatspartei?

Weil auch in dieser Partei die Aufsichtsräte und Industrieabgeordneten sitzen, weil sie eine trübe Mischung aus verkümmender Demokratie und nebelhaft romantisch-reaktionärer Ideologie darstellt, weil diese Partei nicht mehr den Mut hat, die deutsche Demokratie in den Mittelpunkt ihres Bekenntnisses zu stellen, weil sie die Traditionen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland verleugnet!

Gewählt wird nur Liste 1 !

Über allem aber: Wo wäre unter all diesen Parteien eine Partei, die hoffnungsvoll das Ziel ins Auge fassen könnte, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen! Keine Partei ist unter ihnen, die jemals dieses Ziel erreichen

wird. Die wahrhaft grosse Staatspartei, die einst, gestützt auf das Vertrauen des Volkes in Deutschland regieren wird, sie ist nicht unter ihnen.

Wer den Staat wahrhaft bejaht, wer ihm eine starke einheitliche Leitung wünscht, zum Wohle des Volkes und seines Aufstieges, der muss der Partei seine Stimme geben, die die Partei des staatspolitischen Optimismus, des Willens zur ganzen Macht, die wahrhaft grosse Regierungspartei in Deutschland ist!

Die deutsche Sozialdemokratische Partei wächst diesem Ziele entgegen. In unaufhörlichen Kämpfen stärkt sie ihre Macht, mag auch Feindschaft und Hass aus allen anderen Parteilagern gegen sie anstürmen. Sie vereint in sich die grossen Ideale der emporsteigenden deutschen Arbeiterschaft, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wahrer Menschlichkeit mit der Arbeit an der Wohlfahrt des ganzen Volkes und den besten Traditionen deutscher Kultur-entwicklung und des deutschen Idealismus.

Gebt der Sozialdemokratie am 14. September mehr Macht - dann werdet Ihr Euer Bestes für den Aufstieg Deutschlands getan haben!

SPD. Sofia, 9. September (Eig. Bericht)

Die im bulgarischen Kriegsministerium aufgedeckte Spionageaffäre hat in der Öffentlichkeit grösstes Aufsehen hervorgerufen. Trotzdem schweigen sich die bulgarischen Blätter und die Behörden immer noch aus, um angeblich die eingeleitete Untersuchungsaktion nicht zu gefährden. Die umlaufenden Gerüchte nehmen nach den Selbstmorden einiger Offiziere aus dem Kriegsministerium und der Verhaftung hoher Polizeifunktionäre stündlich sensationelleren Charakter an.

Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" von gut unterrichteter Seite erfährt, verhält sich die Angelegenheit wie folgt: Es handelt sich um militärische Spionage zugunsten Rumäniens, die von einer Gruppe von Offizieren aus dem Generalstabe des Kriegsministeriums sowie dem 7. Grenzabschnitte (an der rumänischen Grenze) getrieben wurde. Die Spionagetätigkeit umfasste alle geheimen Mitteilungen über die bulgarische Armee, die mehr oder weniger militärisch aufgezogene Organisation der Arbeitsdienstpflichtigen sowie Berichte über bulgarische Propagandaaktion in der heute zu Rumänien gehörenden Dobrudscha. An der Spitze der spionierenden Offiziersgruppe stand der Oberst Marinopolski, der bis vor zwei Monaten Chef der Kanzlei des Kriegsministers war und dann zum Kommandanten des 7. militärischen Grenzgebietes ernannt wurde. Marinopolski hatte sich zuletzt durch wiederholte Reisen ins Ausland und grosse Geldausgaben stark verdächtig gemacht. Eine seit kurzem durchgeführte geheime Beobachtung der verdächtigen Generalstäbler war bald von Erfolg begleitet. Der Hauptmann Alexiew wurde bei der Übermittlung gestohlener Militärpapiere ertappt und verübte, als zu seiner Verhaftung geschritten werden sollte, einen Selbstmordversuch durch Öffnen der Pulsadern, ohne sich jedoch lebensgefährlich zu verletzen. In einem Kreuzverhör verriet Alexiew seine Mitschuldigen, darunter den stellvertretenden Chef der politischen Polizei in der Polizeidirektion in Sofia, Ninow, sowie einen hohen Polizeioffizier aus der Grenzstadt Dragoman. Oberst Marinopolski, ein Verwandter und Vertrauensmann des früheren Kriegsministers und jetzigen bulgarischen Gesandten in Rom, des berüchtigten Generals Wolkow, entleibte sich unmittelbar nach seiner Verhaftung im Gefängnis durch Erhängen. In einem Brief erklärte er, dass er das Opfer einer Erpressung und eines Racheaktes geworden sei. Über das Schicksal der übrigen Verhafteten sind bestimmte Nachrichten noch nicht zu erhalten.

Die Aufdeckung der ganzen Angelegenheit soll durch bulgarische Gegenspione im rumänischen Heere - es heisst durch rumänische Offiziere aus der Dobrudscha - ermöglicht worden sein.

SPD. Die Berliner "Germania" widmet dem Katholikentag in Münster eine rückschauende Betrachtung, aus der wir u.a. erfahren, dass die 69. Katholikenversammlung "ohne jeden Missklang" abgeschlossen worden ist. Uns scheint das etwas übertrieben, denn in der Dortmunder "Tremonia", die sich mit dem Katholikentag in ihrer Dienstag-Ausgabe ebenfalls rückschauend befasst, lesen wir folgendes :

"Über den beiden Festhallen wehte in diesen Tagen von Anfang an die schwarz-rot-goldene Reichsflagge. Dass die für die innere Ausschmückung verantwortliche Kommission des Lokalkomitees, vielleicht aus irgendwelchen an sich höchst unangebrachten politischen Rücksichten, glaubte, im Innern der Halle Münsterland mit einem Dutzend oder mehr städtischen Flaggen auskommen zu können, war ein bedauerlicher Fehler, der viel bemerkt wurde. Man hat diesen Fehler alsbald in etwa dadurch wett gemacht, dass man wenigstens eine Fahne in den Reichsfarben anbrachte, allerdings an einer Stelle, wo sie von den Zuhörern kaum jemand beachtete, nämlich hinter deren Rücken. In Münster, wo man sich treu und brav zum Volksstaat, für Männer wie Marx und Brüning, Herold und Schreiber bekennt, herrscht eine merkwürdige Scheu vor Schwarz-Rot-Gold. In den Strassen, für deren Beflaggung die Stadt gesorgt hatte, sah man auf weissen Masten keine Reichsflagge wehen. Nur dem Bahnhof gegenüber wehte eine still und bescheiden. Rot und Weiss sind gewiss nicht nur die polnischen, sondern auch die westfälischen Farben, und man hat Verständnis dafür, dass die Provinzialhauptstadt für diese Farben eine gewisse Schwäche hat und sie neben ihren eigenen Farben bei der Beflaggung zur Geltung zu bringen sucht. Aber das durfte nicht so ausschliesslich auf Kosten der Reichsfarben geschehen. In keinem anderen Lande wäre so etwas möglich. In Frankreich ist die Trikolore bei religiösen Feiern eine Selbstverständlichkeit, in Polen sind die Nationalfarben Rot und Weiss die einzigen Farben, die man bei kirchlichen Veranstaltungen sieht, und so ist es auch mehr oder weniger in anderen Ländern. Wir sind nun gewiss nicht dafür, dass man die bei uns gebräuchlichen Kirchenfarben bei religiösen Veranstaltungen ausscheidet. Aber wir möchten doch dafür eintreten, dass man auch die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold in gebührender Weise bei kirchlichen und andern katholischen Feiern berücksichtigt. Gewiss haben die städtischen und die Provinzfarben ihre Bedeutung und mögen sie behalten. Aber stellt man sie allzustark in den Vordergrund, wie es jetzt in Münster geschah, so lässt das Absicht vermuten und verstimmt. Es war ja auch, nebenbei bemerkt, keine lokale oder provinzielle Veranstaltung, die Münster jetzt erlebt hat, es war ein deutscher Katholikentag."

Und welches war die Absicht? Na, man wollte den katholischen Grafen und den anderen Trägern der Katholikentage der Nachkriegszeit, die sich mit der Staatsumwälzung immer noch nicht abgefunden haben, nicht wehe tun. Gewiss ist das, wie die "Tremonia" einleitend sagte, "eine höchst unangebrachte politische Rücksicht." Aber es wäre sicherlich zu dieser Rücksicht nie gekommen, wenn das demokratische Element in der Zentrumspartei und nicht die Herren Grafen und Fürsten die massgebenden Herren der Katholikentage auch der Nachkriegszeit gewesen wären. So lange das so bleibt, dürfte sich ein gewisser "Missklang" nie ganz vermeiden lassen.

SPD. Paris, 9. September (Eig. Drahtb)

Der Streik im Revier von Roubaix-Tourcoing ist am Dienstag-Abend beendet worden. Die Gewerkschaften haben der von dem Altbürgermeister von Roubaix Motto vorgeschlagenen Regelung zugestimmt. Daraufhin gelang es dem Arbeitsminister Lavalle auch die widerspenstigen Unternehmer für den Einigungsvorschlag zu gewinnen.

Die verhasste "Treuprämie" ist vollkommen abgeschafft. Auch von ihrer

Wiedereinführung unter dem Namen "Ausdauerprämie" ist Abstand genommen worden. Die Arbeiter, die neu in einen Betrieb eintreten, verpflichten sich, die im Sozialversicherungsgesetz vorgesehenen Beiträge von ungefähr 4 % selbst zu tragen. Nach Ablauf einer gewissen Frist erhalten sie die Summe von dem Unternehmer zurück und werden zugleich für die Zukunft von der Weiterzahlung der Versicherungsbeiträge entbunden, die künftig die Arbeitgeber zu entrichten haben.

SPD. Frankfurt/M., 9. September (Eig. Dr.)

Die Direktion der Mitropa in Frankfurt/Main wurde durch die hiesige 3. Strafkammer wegen Fleischschmuggels über die saarländische Grenze und wegen Zollhinterziehung zu einer Geldstrafe von 14 000 Mark und einem Wertersatz in Höhe von 7000 Mark verurteilt.

Im Jahre 1929 hatte ein durch die Mitropa entlassener Oberkellner Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, dass in den Speisewagen der D-Züge, die zwischen Frankfurt und Saarbrücken oder Wiesbaden und Saarbrücken verkehren, erhebliche Mengen Fleisch aus dem Saargebiet geschmuggelt worden waren. Vom Einzelrichter wurde der Oberinspektor Meisinger, der die Frankfurter Direktion der Mitropa vertrat, freigesprochen, da der Richter den Beweis für erbracht hielt, dass die Direktion der Mitropa von dem tatsächlich geübten Schmuggel keine Kenntnis gehabt habe und die Angaben des entlassenen Oberkellners, dass der Schmuggel sich unter Duldung der Direktion vollzogen habe, den Tatsachen nicht entsprach. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung ein, sodass sich die Strafkammer nochmals mit der Angelegenheit zu befassen hatte.

Auf Grund von Zeugenaussagen, bei denen die Bekundungen der Beamten der Saarzollämter eine Rolle spielten, kam die Strafkammer zu der Überzeugung, dass die Mitropa-Direktion unter allen Umständen von dem Schmuggel gewusst haben musste, da ihr der Unterschied zwischen der Menge des eingekauften Fleisches und dem bezahlten Preis hätte auffallen müssen. Es wurden auch die Aussagen des entlassenen Oberkellners und eines Speisewagenkochs als wahr unterstellt, dass ein Teil der Angestellten des Speisewagens die Direktion auf den Vorgang aufmerksam gemacht habe, ohne dass Abhilfe erfolgt sei. Nach den Feststellungen des Gerichtes sind im Jahre 1929 wenigstens 3100 Kilogramm Fleisch über die Grenze geschmuggelt worden.

SPD. Ein Berliner kommunistisches Abendblatt hat am Dienstag eine Serie von Verleumdungen gegen den Reichskommissar Dr. Baade, den bekannten sozialistischen Agrartheoretiker, vom Stapel gelassen. Nach dem kommunistischen Blatt hat Dr. Baade mit dem Reichsernährungsminister Schiele ein Wahlbündnis abgeschlossen. Baade soll auch in 10 Monaten 50 Millionen Mark für die Verwendung von Roggen als Schweinefutter verschleudert und so den breiten Massen das Brot verteuert haben. Nach der kommunistischen Darstellung ist Baade ein Grunewaldvillenbesitzer mit einem Einkommen, das höher ist als das Einkommen eines Ministers.

Weiter wird dem Reichskommissar Dr. Baade vorgeworfen, dass er sich von seiner ersten Frau habe scheiden lassen und darüber hinaus noch das Verbrechen begangen habe, ausser der Ehe Vater zu werden. Wir kennen das Privatleben Dr. Baades nicht. Unserer Auffassung nach gehören derartige Klatschgeschichten auch nicht in den politischen Kampf und besonders nicht in den Wahlkampf. Wir wissen nur, dass Dr. Baade für seine Angehörigen, ob geschieden oder nicht, ob legitim oder illegitim, vollauf sorgt, was man von kommunistischen Grössen nicht immer behaupten kann. Wir würden mit Beispielen aufwarten, wenn politischer Takt und Anstand uns das nicht verböten.

Selbstverständlich sollen die Sudeleien des kommunistischen Blattes nicht Dr. Baade, sondern die sozialdemokratische Partei treffen, deren Reichstagskandidat Dr. Fritz Baade im Bezirk Magdeburg ist. Deshalb wird die Roggenstützung in dem kommunistischen Blatt völlig falsch dargestellt und der Unsinn behauptet, Dr. Baade sei der "Erfinder der Methode, den Roggen lieber an Schweine zu verfüttern, als ihn den hungernden Massen zu geben." Dass die beiden letzten Roggenernten, Rekordernten seltener Art, einen Roggenüberfluss brachten, dürfte sich allmählich auch in der kommunistischen Partei herumgesprochen haben. Nach den Rezepten des Reichslandbundes und der Grossagrarier soll nun der Staat Millionen und Abermillionen Mark in Form von Exportprämien (Einfuhrscheinen) zahlen, damit der deutsche Roggenüberfluss nach dem Ausland exportiert werden kann. Damit ist den deutschen Finanzen und auch dem deutschen Arbeiter nicht gedient, denn der mit Hilfe von Staatsgeldern nach dem Ausland exportierte deutsche Roggen kehrt ja in Form verbilligter Industrieartikel wieder nach Deutschland zurück und vermehrt in Deutschland die Arbeitslosigkeit. Die Pläne Dr. Baades gehen dahin, den deutschen Roggenüberfluss nicht nach dem Ausland zu exportieren, sondern ihn in Deutschland als Schweinefutter zu verwenden. Auf diesen Gedanken, der durchaus richtig ist und hinter den sich die sozialdemokratische Partei gestellt hat, geht der Gedanke der Roggenstützung zurück. Die sozialdemokratische Partei wendet sich gegen das Roggendumping und gegen die Einfuhrscheine, die nichts anderes als Subventionen an die Grossagrarier sind. Gegen diese Art von Subventionen hat sich in der Vergangenheit in schärfster Weise auch die kommunistische Partei gewandt. Jetzt aber, wo Dr. Baade versucht, den Roggenüberfluss in Deutschland wirtschaftlich zu verwenden und die Subventionen an die Grossagrarier abzubauen, ist das was anderes. Jetzt soll die Bekämpfung der Einfuhrscheine, eine Sache, gegen die sich schon die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit wandte, ein Verbrechen sein.

Nun soll Dr. Baade im Laufe von 10 Monaten für die Roggenstützung 50 Millionen Mark ausgegeben haben. Wir wissen nicht, ob diese Zahl stimmt. Jedenfalls ist in den letzten Wochen und Monaten der Roggenpreis besonders stark gestützt worden. Man erklärt diese besonders scharfe Stützung damit, dass man infolge eines unangemessen niedrigen Roggenpreises die Roggenanbaufläche nicht ungebührlich einschränken wolle, was im nächsten Jahr zu einer beispiellosen Steigerung des Roggenpreises führen müsse. Man kann selbstverständlich darüber streiten, ob die verschärften Stützungen in einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne unbedingt notwendig gewesen sind. Wir können uns auch denken, dass die scharfe Stützung der Roggenpreise dem Reichsernährungsminister Schiele nicht ungelegen kam und dass er mit der scharfen Stützung die Hoffnung auf besseres Wahlwetter innerhalb der Landwirtschaft verknüpfte. Die Entscheidung, wie der Roggenpreis gestützt wurde, lag aber nicht bei der Sozialdemokratie, auch nicht bei dem Reichskommissar Dr. Baade, sondern bei den Stützungsstellen, denen Dr. Baade nicht angehört. Wenn man also im Rahmen der Roggenstützung von einem Wahlbündnis zwischen Baade und Schiele spricht, so ist das einfach idiotisch. Selbst wenn sich Baade für eine schärfere Stützung eingesetzt hätte - was nicht der Fall ist -, hätte er etwas, was er wirtschaftlich für notwendig erachtete, nicht deshalb unterlassen dürfen, weil es einem politischen Gegner zumindest angenehm war.

Erlagen sind auch die Angaben des kommunistischen Blattes über das Einkommen Dr. Baades. Es wird behauptet, Baade hätte zumindest ein Einkommen von 40 000 Mark. Wir können verraten, dass er ein Gehalt bezieht, das unter dem Gehalt eines Ministerialdirektors liegt. Für seine Funktion als Reichskommissar erhält er keinerlei Vergütung. Vertrauensspesen bezieht er nicht. Als Mitglied der deutsch-polnischen Kommission erhält er eine Vergütung (in Höhe von 1500 Mark), die um die Hälfte unter der Vergütung liegt, die der Vertreter des Handels in dieser Kommission erhält. Dem Monopolamt gehört Baade nicht an, er wird also auch vom Monopolamt nicht, wie die kommunistische Presse fälschlich behauptet, bezahlt. Das Landhaus Dr. Baades in Kienwer-

der ist ein Wochenendhaus. Ein Drittel des Geländes hat Dr. Baade seit langem den freien Seglern und dem Reichsbanner zur Verfügung gestellt. Die Grunewaldvilla Baades ist eine Villa, die nicht Fritz Baade, sondern seine frühere Frau besitzt. Fritz Baade selbst bewohnt keine Grunewaldvilla, sondern ein Siedlungshaus in Zehlendorf, für das eine Miete von 142 Mark gezahlt wird.

SPD. Darmstadt, 9. September (Eig. Dr.)

In Hessen ist jetzt zum ersten Male gegen einen Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsentlassung angeordnet worden. Das Verfahren richtet sich gegen den Schutzpolizei-Wachtmeister Hallstein, der im Jahre 1925 von der Reichswehr übernommen wurde und dem zur Last gelegt wird, durch propagandistische Tätigkeit in der Schutzpolizei seine Dienstpflicht in der schwersten Weise verletzt zu haben.

SPD. Buenos-Aires, 9. Sept. (Eig. Dr.)

Die in der Nacht zum Dienstag erfolgten blutigen Zusammenstösse in der argentinischen Hauptstadt kosteten 7 Menschen das Leben. 56 wurden verwundet. Veranlasst durch die Zusammenstösse ordnete die Revolutionsregierung am Dienstag-Vormittag die Wiederverhaftung des Expräsidenten Irigoyen und die Festnahme sämtlicher Mitglieder des Bundesparlamentes an. Zugleich wurden energische militärische Massnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung ergriffen. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, sind die blutigen Zusammenstösse in der Nacht zum Dienstag auf ein Missverständnis zurückzuführen. Mehrere Regimenter, die durch Gerüchte von einer Gegenrevolution erregt worden waren, feuerten auf die in der Nähe gelegenen Truppenteile. Die angegriffenen Soldaten erwiderten das Feuer, sodass sich schliesslich ein regelrechtes Feuergefecht entwickelte. Als der Tag graute erkannte man, dass zahlreiche Menschen einem Missverständnis zum Opfer gefallen waren.

SPD. Smyrna, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der Führer der neu-türkischen Opposition, Fethi Bej, der z. Zt. in der Provinz Smyrna weilt, wird überall mit grossen Ovationen empfangen. Wo er sich auch zeigt, holen ihn die Volksmassen trotz der Anwesenheit von Truppen, Gendarmarie, Polizei und zahlloser Spitzel und Provokateure im Triumph ein.

Die Begeisterung für die junge Opposition, die auch von der Smyrnaer Arbeiterschaft trotz aller Warnungen ihrer Führer geteilt wird, rührt nicht etwa von einem allgemeinen Anklang her, den das Programm der neuen Partei gefunden haben könnte. Die meisten Smyrnioten dürften dies Programm nicht einmal gelesen haben. Was sie so plötzlich und so masslos begeistert, ist die Hoffnung, dass der fünfjährige schwere Druck der Diktatur der Volkspartei zu Ende geht und mit Fethi Bej die Freiheit und Demokratie auch in der neuen Türkei ihren Einzug halten werden. Es ist der elementare Ausbruch einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, der in den begeisterten Empfängen des Oppositionsführers seinen Ausdruck findet. Fethi Bej macht sich die Stimmung zweifellos klug zu Nutze und ohne es zu sagen, lässt er doch überall durchblicken, dass Mustafa Kemal Pascha mit ihm sympathisiert und den diktatorischen Ismet Pascha lieber heute als morgen gestürzt sehen möchte. Dieser Tage hat Fethi Bej eine feierliche Prozession zum Grab der Mutter Kemal Paschas, das sich in der Nähe von Smyrna befindet, unternommen und dort einen Kranz niedergelegt. Auch wird hier allgemein und erwartungsvoll von den möglichen Wirkungen eines geheimen Berichtes gesprochen, den Fethi Bej über die

Smyrnaer Unruhen an Mustafa Kemal gerichtet hat. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die in einem Monat in Smyrna stattfindenden Gemeindevahlen zu einer katastrophalen Niederlage der regierenden Volkspartei führen werden. Die Frage aber ist und bleibt: Was wird Kemal Pascha tun? Wird er aus seiner Reserve heraus, offen auf die Seite Fethi Bejs treten? Oder wird er weiter abwarten?

Die Regierung Ismet Pascha ist unterdessen nicht müssig. Die ihr ergebene, d.h. von ihr bezahlte Presse verleumdet die Manifestanten von Smyrna als Vagabunden, Verbrecher, Vorbestrafte und Kommunisten. Sie schreibt allen Ernstes, dass die grosse Smyrnaer Demonstration von einem Manne geführt worden sei, dessen Bar die Polizei wegen bordellmässigen Betriebes geschlossen hätte und verdächtigt Fethi Bej, einen gewaltsamen Umsturz zu planen.

SPD. München, 9. September (Eig. Drahtb.)

Als Reichskanzler Brüning Ende August zu einer Wahlrede für die Bayerische Volkspartei in München weilte, hatte er u.a. auch eingehende politische Besprechungen mit den prominenten Führern der Bayerischen Volkspartei, über die die Öffentlichkeit bisher nichts erfahren hat. Dass im Mittelpunkt dieser Unterhaltungen die Frage des Kurses des Brüningkabinetts nach dem 14. September gestanden hat, wird jetzt durch eine Rede bestätigt, die Ministerpräsident Dr. Held in Regensburg gehalten hat. Held erklärte:

"Ich habe nur den Wunsch, mag kommen was will, dass das deutsche Volk in richtiger Erfassung seiner Lage mit Vernunft und Verstand diese Reichstagswahl vollzieht. Und sollte der Reichstag nicht so ausfallen, wie es im Interesse des deutschen Volkes liegt, dann haben wir die Hoffnung, dass Reichspräsident und Reichsregierung fest bleiben und unter allen Umständen die Führung im deutschen Volke behalten. Nur so können wir unsere Nation retten."

Die "feste Hoffnung" des bayerischen Ministerpräsidenten gründet sich, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, auf Mitteilungen, die ihm Brüning am 29. August über die Absichten eines Teiles seiner Regierung in München gemacht hat.

SPD. Auf die eindeutigen Fragen des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler, ob er mit Herrn Treviranus entschlossen sei, die Sozialdemokratie nach der Wahl unter allen Umständen von der Mitverantwortung auszuschliessen, hat Herr Brüning bisher immer nur ausweichend geantwortet. Warum ergibt sich aus dem Satz einer Rede, den Brünings Freund, Herr Treviranus, am Montag in einer öffentlichen Wahlversammlung im Berliner Sportpalast, geprägt hat. Treviranus erklärte dort,

"dass er und die gesamte Regierung die Gegner von rechts als künftige Mitarbeiter ansehen."

Die Gegner des Herrn Treviranus von rechts sind vor allem die Deutschnationalen. Wenn es richtig ist, dass sie ausser von ihm von der "gesamten Regierung" als "künftige Mitarbeiter" angesehen werden, dann ist die Antwort auf die Frage des preussischen Ministerpräsidenten an Herrn Brüning gegeben. Wer die Deutschnationalen schon jetzt als "künftige Mitarbeiter" ansieht, kann nur gegen die Sozialdemokratie regieren wollen. Wie aber stimmt das überein mit den jüngsten Erklärungen des Reichsinnenministers Dr. Wirth über die notwendige Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie?

Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass gewisse Herren der Regierung Brüning, darunter der Reichskanzler selbst, auch für die Zeiten nach der Wahl bestimmte Abmachungen getroffen haben, von denen der andere Teil dieser Regierung nichts weiss!!

SPD. München, 9. September (Eig. Drahtb.)

In den Schlussakkord des Wahlkampfes greifen nun, wie das in Bayern von jeher besonders an der Tagesordnung war, die Bischöfe ein, von denen nicht weniger als 8 im verhältnismässig kleinen Land Bayern ihren Sitz haben. Sie alle werden samt ihren personell stark übersetzten Domkapiteln von dem verarmten und verschuldeten Staat mit einem jährlichen Kostenaufwand von rund 1,4 Millionen Mark unterhalten. Jetzt haben sie Hirtenbriefe zugunsten der Bayerischen Volkspartei erlassen und zwar unter dem Motto: "Die Religion ist in Gefahr!" Die gläubigen Katholiken werden verpflichtet, nur solche Kandidaten zu wählen, die im Reichstag erspriessliche Arbeit auch für die Kirche leisten. Die einzelnen Hirtenbriefe, die von allen Kanzeln der katholischen Kirche herab verlesen werden müssen, genügen aber den Bischöfen als Propaganda noch nicht. Ihre jährliche Konferenz haben sie diesmal in die Woche vor dem Wahltag gelegt, damit sie noch rechtzeitig durch gemeinschaftliche Beschlüsse auf den Ausgang der Wahl einwirken können. Diese Konferenz findet am Mittwoch und Donnerstag unter Vorsitz des politisch besonders streitbaren Münchener Kardinals Faulhaber in Freising statt.

SPD. Genf, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat nahm am Dienstag zunächst den Bericht der Ständige Mandatskommission über die Verwaltung von 6 Mandatsgebieten entgegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Reichsaussenminister Curtius bezeugte das "grösste Interesse der deutschen Regierung" an den ehemaligen deutschen Kolonien Tanganjika und Südwestafrika. Er warte indessen eine spätere Gelegenheit zur Aussprache ab und habe daher vorläufig nichts gegen den Bericht einzuwenden.

Die Änderung der Danziger Verfassung wurde nach dem Vorschlag des Berichterstatters Henderson debattelos zur Kenntnis genommen. Das von dem Danziger Volkstag zweimal mit Zweidrittelmehrheit angenommene Gesetz kann nunmehr verkündet werden. Es sieht vor, dass die Zahl der Senatoren von 22 auf 12, die der Abgeordneten des Volkstages von 120 auf 72 herabgesetzt und das System der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle Senatoren eingeführt wird. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes über die Zulassung Danzigs zum Internationalen Arbeitsamt, in dem die Zulassung als nicht vereinbar mit dem Statut der Freien Stadt erklärt wird, wurde dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes überwiesen, der es dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen wird.

Die Erledigung der drei oberschlesischen Minderheitsbeschwerden führte zu einem Erfolg Deutschlands. Der deutsche Rechtsanwalt Ochmann ist von Polen wieder zugelassen worden. Curtius verlangte Schadenersatz für ihn, was der polnische Aussenminister Zaleski wohlwollend zu prüfen versprach. Die 32 von der Direktion der polnischen Knappschafts-Krankenkasse entlassenen deutschen Ärzte sollen, soweit die polnische Regierung dafür in Frage kommt, wieder eingestellt werden. Ausserdem versprach Zaleski auf Vorstellung von Curtius, dass alles getan werde, um die Einstellung durch die Kasse auch tatsächlich sicherzustellen. Schliesslich war der Rat einverstanden mit dem inzwischen durch Verhandlungen erreichten Verfahren bei der Einschulung von Kindern der deutschsprachigen Minderheiten. Eine vierte Frage bezüglich der Nachprüfung, ob einzuschulende Kinder der deutschen Sprache mächtig seien, konnte noch nicht erledigt werden. Etwa 700 Kinder sind durch solche Prüfung von der deutschen Minderheitenschule ausgeschlossen worden. Es handelt sich nun darum, ob diese Kinder, die inzwischen Deutsch gelernt haben, aus der polnischen in die deutsche Schule kommen können. Polen, das sich in allen oberschlesischen Fragen diesmal sehr entgegenkommend zeigte, hat die Vertagung der letzten Frage offenbar angeregt, um mit diesen Verhandlungen noch während der gegenwärtigen Tagung zu einer gütlichen Einigung kommen zu können.

In der Frage des Bahnschutzes im Saargebiet wurde noch keine Entscheidung

erzielt. Die Regierungskommission hat die Truppen nach der Rheinlandräumung auf 150 Mann reduziert und dem Rat die weitere Entscheidung übertragen. Als der italienische Aussenminister Grandi darüber Bericht erstattet hatte, kam es zu einer mit grosser Spannung aufgenommenen Kontroverse zwischen Curtius und Briand. Reichsaussenminister Curtius sprach dem Bahnschutz nach Räumung der Rheinlande jede Berechtigung ab, da er seinerzeit gegen den Protest Deutschlands ausschliesslich zum Schutz der rückwärtigen Verbindung der Besatzungsarmee errichtet worden sei. Die Gendarmerie von rund 1000 Mann genüge zum Schutze der Ordnung und könne jederzeit auskömmlich ergänzt werden. Briand schlug ein Verfahren vor, wonach ein kleines Komitee die Frage prüfen soll, da der Rat mit dem Bahnschutz nicht nur die Truppen, sondern auch die Kohlentransporte und den gesamten Bahnverkehr habe sicherstellen wollen. Mit feierlicher Geste betonte er, dass es Frankreich fern liege, unter irgend einem Vorwand Truppen an der Saar zu halten. Er sei einverstanden, dass die Frage bald untersucht werde. Nochmals antwortete Curtius, die vorliegenden Gründe rechtfertigten zwar eine sofortige Entscheidung, aber er verschliesse sich Briands Erwägungen nicht und sei erfreut, dass das Verfahren nur der Beschleunigung dienen solle.

Mit dieser Erklärung glaubt Curtius offenbar besser zum Ziele zu kommen, da er in internen Beratungen noch viele Gründe gegen den Bahnschutz anführen kann. Vor der Ratstagung hatten sich Curtius und Briand bereits über dieses Verfahren verständigt. Am Mittwoch wird die erste Besprechung über die strittige Frage zwischen Briand, Curtius und Scialoja, der den italienischen Aussenminister als Berichterstatter vertreten wird, stattfinden. Voraussichtlich dürfte dann in der für Sonnabend nachmittag vorgesehenen Ratssitzung die Saarfrage entschieden werden.

SPD. Angora, 9. September (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt, dass die Offensive der türkischen Truppen gegen die Kurden im Arrat-Gebiet nunmehr begonnen hat. Der erste Widerstand der Kurden am Kabak-Berge sei gebrochen. Ab Montag befinden sie sich nach der amtlichen Verlautbarung auf dem Rückzug.

SPD. München, 9. September (Eig. Drahtb.)

Die Münchener Stadtverordneten-Versammlung flog am Dienstag wegen Rowdy-Szenen der Nationalsozialisten auf.

Als einer der nationalsozialistischen Wortführer mit seiner Hetzrede gegen die Behörden loslegte, verliessen sämtliche Stadträte mit Ausnahme der Nationalsozialisten und eines Deutschnationalen den Saal, sodass der Oberbürgermeister mit den Radaubrüdern allein war. Am Schluss seiner Hetzrede wandte sich der nationalsozialistische Stadtrat an die Tribünenbesucher mit den Worten: "Meine lieben Galeriebesucher". Der Oberbürgermeister versuchte vergeblich, ihm das Wort zu entziehen. Als sich dann die Galeriebesucher, ausschliesslich Nationalsozialisten, mit wüstem Gebrüll gegen den Oberbürgermeister wandten, schloss dieser die Sitzung mit den Worten: "Es ist ein Skandal!" Dann wurden die Tribünen durch die Polizei geräumt.

SPD. Danzig, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat sich am Dienstag mit der Änderung der Danziger Verfassung einverstanden erklärt, sodass der Danziger Volkstag in den nächsten Monaten neugewählt wird. Spätestens ist zu Beginn des neuen Jahres mit Neuwahlen zu rechnen. Vielleicht werden die Wahlen jedoch schon für November ausgeschrieben.

SPD. Genf, 9. September (Eig. Drahtb.)

In einer Pressebesprechung erklärte der englische Aussenminister Henderson am Dienstag, dass sich bei den Beratungen über Briands Paneuropaplan die englische Auffassung durchgesetzt habe. England sei als Weltreich verbunden mit seinen Mitgliedern, die ausserhalb Europas liegen. Deshalb sei es für ihn undenkbar, dass neben oder über dem Völkerbund eine andere Organisation errichtet werden könne.

Henderson teilte u.a. noch mit, dass augenblicklich zwischen Frankreich und Italien täglich Verhandlungen über die Seeabrüstungsfrage stattfinden. Er sei in ständiger Fühlung mit dem italienischen Aussenminister Grandi und hoffe dass noch vor Schluss der Versammlung des Völkerbundes ein Ergebnis erzielt werden könne.

SPD. Wieder einmal wird im "Deutschen", dem Organ der christlichen Gewerkschaften, auf die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie losgeschlagen, um die christlichen Arbeiter von der Frage nach dem Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Nationalsozialismus abzulenken. Diesmal ist es der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bernhard Otte, der die vor lauter parteipolitischer Neutralität höchst parteiisch und zwiespältig gewordene Haltung der christlichen Gewerkschaftsführung zu rechtfertigen versucht.

Otte sagt, es sei ein starkes Stück, angesichts der finanziellen und sonstigen Unterstützung der sozialdemokratischen Partei durch die freien Gewerkschaften davon zu reden, dass die freien Gewerkschaften politisch und religiös neutral oder "loyal" seien. Noch nie sei die Verbundenheit von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften stärker in Erscheinung getreten als jetzt. Die Verletzung der parteipolitischen Neutralität der freien Gewerkschaften und ihre Unterstützung der sozialdemokratischen Partei schliesse gleichzeitig auch eine Verletzung der religiösen Neutralität in sich; denn der Sozialismus, zu dem sich die sozialdemokratische Partei bekenne, sei zugleich Weltanschauung und zwar eine Weltanschauung, die im Gegensatz zum Christentum stehe. Die Stellungnahme des Sozialismus zum Dasein Gottes, zu den Fragen der Ehe und Familie, der Erziehung der Kinder, der konfessionellen Schule beweise das zur Genüge. Diese Vorgänge zeigten jedenfalls klarer denn je die Notwendigkeit und Bedeutung einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die Beweisführung Ottes steht auf schwachen Füßen. Richtig ist, dass die freien Gewerkschaften diesmal mit besonderer Energie für die sozialdemokratische Partei eintreten. Sie haben dafür auch recht triftige Gründe, die in dem Wahlaufuf des Vorstandes und Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes klar und deutlich angegeben sind. Es heisst dort: "Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äussersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie musste ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslos Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische "Dritte Reich" versprechen." Mit diesen Sätzen des Wahlaufufes des ADGB haben die freien Gewerkschaften ihre Haltung gegenüber den Parteien vollkommen eindeutig klargestellt.

In krassem Gegensatz dazu haben sich die Führer der christlichen Gewerkschaften allen bürgerlichen Parteien gegenüber - auch gegenüber den Nationalsozialisten für neutral erklärt und nur gegen eine Partei haben sie schroff Stellung genommen: gegen die Sozialdemokratie. Und die Gründe dafür? Sie sind

nicht politischer und nicht gewerkschaftlicher Natur - jedenfalls hat man von solchen Gründen nichts vernommen - sondern es sind religiöse Motive. Sie werfe der Sozialdemokratie Feindschaft gegen das Christentum vor und begründen das mit der "Stellungnahme des Sozialismus zum Dasein Gottes, zu den Fragen der Ehe und Familie, der Erziehung der Kinder, der konfessionellen Schule."

Wie oft muss es noch gesagt werden, dass die Sozialdemokratie - für diese haben sich die freien Gewerkschaften eingesetzt und nicht für irgend einen von irgendwem propagierten "Sozialismus" - sich nicht mit den Fragen des Gottesglaubens befasst. Zu den Fragen der Ehe, Familie, Erziehung, Schule nimmt sie selbstverständlich in der praktischen Politik Stellung, allein, wenn wir nicht irren, geht sie da in vielen Punkten sogar mit bürgerlichen Parteien konform. Die kulturpolitische Haltung der Sozialdemokratie mag den christlichen Gewerkschaften nicht gefallen, aber das ist kein Grund, die Sozialdemokratie deswegen schlechter zu behandeln als andere bürgerliche Parteien, die nach dem Geständnis des "Deutschen", der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, den christlichen Grundsätzen nicht hundertprozentig die Treue bewahren und trotzdem nicht von den christlichen Gewerkschaftsführern so wie die Sozialdemokratie in Acht und Bann getan werden.

Merkwürdig berührt, dass Otte nur etwas von "christentumfeindlichen Zielen des Sozialismus" gehört hat; von der Feindschaft des Nationalsozialismus gegen das Christentum weiss er nichts, obwohl er davon täglich in der politischen Presse der christlichen Arbeiter liest.

SPD. London, 9. September (Eig. Drahtb.)

Die leichte Besserung des englischen Arbeitsmarktes im letzten Drittel des Monats August hat im September nicht angehalten. Am 25. August waren 36 000 Arbeitslose weniger gezählt worden. Diese Zahl ist inzwischen um 20 000 Personen gesunken. Zurzeit sind 2 060 444 Menschen erwerbslos; 1 511 943 Männer und 548 501 Frauen. Das bedeutet gegenüber der Erwerbslosenziffer am 1. September 1929 eine Zunahme von 908 184 Personen. In Beschäftigung stehen in England zur Zeit 9 548 600 Arbeiter und Arbeiterinnen.

SPD. Peking, 9. September (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen chinesischen Häfen sind in letzten Tagen wiederholt entlische, amerikanische und japanische Kanonenboote von vagabundierenden Truppen angegriffen worden. Die Schiffe erwiderten die Schüsse, worauf sich die Angreifer verzogen.

Die Nankinger Regierungstruppen melden einen Sieg über ihre Gegner, die sich nach den Provinzen Hunan und Kiangsi zurückgezogen haben sollen. Die Pekinger Regierung hat sich am Dienstag konstituiert. Ministerpräsident ist General Yen. In einem Aufruf erklärt der Ministerrat, er wolle versuchen, die Korruption zu beenden und die Sicherheit der Staatsfinanzen wieder herzustellen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Russland - wie es ist.

Was jeder Arbeiter wissen muss.

SPD, Aus Moskau wird uns geschrieben:

Der "Fünfjahrplan" wackelt! Das ist keine "Erfindung der konterrevolutionären Presse", sondern der Sinn des Aufrufs, mit dem sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union - also die höchste Parteispitze - dieser Tage hilfeschend an die Öffentlichkeit wendete. Es ist ein offenes amtliches Geständnis, dass die praktischen Ergebnisse hinter den Voranschlägen des "Fünfjahrplanes" zurückbleiben, den man in unglaublicher Selbstverblendung auf dem letzten Moskauer Parteikongress tatsächlich sogar in einen Vierjahresplan zu verwandeln beschlossen hat. Dieses Zurückbleiben wird in dem Aufruf durch das Unvermögen erklärt, alle Hilfsquellen des Landes und die ganze Energie der Arbeiterklasse auszunutzen(!). Daher soll die Arbeitsdisziplin gefestigt werden; die Arbeiter sollen sich verpflichten, in den Betrieben zu verbleiben. Dafür soll ihre Verpflegung gebessert werden. Dem ganzen Volkes aber wird, als Lohn der Anstrengungen, die zukünftige Befreiung von Not und Hunger versprochen. -

Dieser Aufruf ist ein authentisches Dokument, ein amtliches Geständnis jener Not, unter der heute das ganze russische Volk stöhnt und die auch die russische Arbeiterschaft nicht verschont. Die Forderung des Aufrufs nach einer Fesselung der Arbeiter an die Betriebe (so wie man ehemals die Bauern an die Scholle fesselte) und das Versprechen besserer Lebensmittelverpflegung sind ja geradezu direkte Hinweise auf die heutige Notlage der russischen Arbeiterschaft. Denn wodurch ist das heutige Hinüberwechseln der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb bedingt, von dem der Aufruf gleichfalls - tadelnd - spricht? Durch das un-aufhörliche Suchen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen als die, die die Sowjetregierung bisher geschaffen hat. Ein sehr charakteristisches Beispiel für diese Wanderbewegung der Arbeiterschaft bietet das Donetz-Kohlenbecken. Hier sind in einer einzigen Woche 27 000 Arbeiter abgewandert. Warum? Weil man in all den Jahren des Bestehens des Sowjetstaates nicht vermocht hat, den Arbeitern als Wohnstätte etwas anderes als elende Baracken zu bieten, und weil die Verpflegung schlecht ist. Dass sie aber im allgemeinen schlecht ist, gesteht der Aufruf selbst, indem er "bessere Belieferung" für die Zukunft verspricht.

Diese schlechte Lebenshaltung der Arbeiterschaft aber ist in dem Fünfjahrplan selbst begründet, ja sie gehört zu den auffallendsten Paradoxien desselben. Die Neugründung von Fabriken hat unerhörte Dimensionen angenommen, die Nachfrage nach Arbeitshänden wächst und wächst - aber gleichzeitig mit diesem Fiebertempo der Industrie, das einzig und allein auf Rekordjagd, nicht auf Volksbedürfnisse eingestellt ist, wächst unaufhörlich auch die staatliche Emission, die Masse des Papiergeldes. Und so kommt es, dass zwar die Taschen der Arbeiter, Angestellten und Bauern sich mit Geld füllen, dass man aber für dieses Geld immer weniger und immer schwieriger Waren dringenden Bedarfs erlangt. Das Gespens der Inflation taucht bereits drohend am Horizont auf - wie sollte es auch anders sein, da die Emission im laufenden Jahr bereits 1 Milliarde überschritten hat? Und was tut die Sowjetregierung gegen die Gefahr? Sie feuert Gewehrshalven ab. Eine grosse Anzahl von Sowjetangestellten und Kleinhändlern ist in den letzten Wochen wegen Hamsterns von Silbergeld verhaftet worden. Dutzende dieser armen Schlucker wurden erschossen...

Der Warenmangel in Russland ist durch den "Fünfjahrplan" bedingt, weil dieser vor allem die Schaffung einer Schwerindustrie, keineswegs aber die einer Konsumindustrie bezweckt. Jener Mangel, in erster Linie in der Lebensmittelversorgung - hängt aber noch von einer anderen Seite mit dem Fünfjahrplan eng zusammen. Das künstlich gesteigerte Tempo der Industrialisierung bedingt eine gesteigerte Ausfuhr, und zwar besonders Ausfuhr von Getreide - aus einem hun-

gernden Lande. Dass diese Ausfuhr zu Dumping-Preisen geschieht, versteht sich von selbst. Und so kommt es, dass man z.B. in Hamburg 1 Pud (= 40 Pfund) russischen Roggens für 70 Kopeken kaufen konnte, während man in Kiew für denselben Betrag nur 1 Pfund, d.h. vierzigmal weniger desselben Roggens kaufen kann. So kommt es, dass Stalin auf dem Parteikongress zwar höhnisch davon sprach, dass Deutschland unter dem Druck der Roggenkonkurrenz gezwungen sei, seine Schweine mit Roggen zu mästen, aber zu erwähnen vergass, dass gleichzeitig russische Bürger vor Hunger darben....

Die Auswirkungen des Fünfjahrplans haben aber nicht nur eine innen-, sondern auch aussenpolitische Tragweite. Bei dem jüngsten Protest gegen die Einfuhr russischen Holzes nach den Vereinigten Staaten waren auch die amerikanischen Gewerkschaften beteiligt in der richtigen Erkenntnis, dass diese unsaubere Konkurrenz nur allzu geeignet ist, die Lohnbedingungen der amerikanischen Arbeiter herunterzudrücken. In dieser Erkenntnis aber liegt der Keim einer Einsicht in weitaus grandiosere Perspektiven: dass die Dumping-Ausfuhr der Sowjets, die mit dem Wachstum der Industrialisierung noch wachsen kann, letzten Endes auch das Ziel verfolgt: durch ihre mächtige Konkurrenz die Arbeitslosigkeit im Ausland bewusst zu steigern, um durch die Leiden der westlichen Arbeiterklasse die kommunistische Propaganda zu heben.....

"Ob er überhaupt noch lebt?"

Ein Mahnwort an die Wählerinnen.

SPD. Je näher wir dem Wahltag kommen, umso schweigsamer werden die Gegner des Frauenwahlrechts. Sonst wetterten sie jahraus jahrein gegen die Politisierung der Frau. Die Frau gehöre ins Haus, aber nicht in die Versammlung, nicht an die Wahlstische. In wenigen Tagen aber werden Millionen von Wählerinnen an die Wahlstische gehen und mitentscheiden, was aus der Deutschen Republik werden soll - deshalb die auffällige Schweigsamkeit über das Wahlrecht der Frauen, ja mehr noch: deshalb jetzt sogar die Umschmeichelung der früher politisch vollkommen rechtlos gewesenen Frau.

Abgesehen von der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie zum gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen - was machte es den Volksbeauftragten zur selbstverständlichen Pflicht in ihrer ersten Anordnung im November 1918 den Frauen das gleiche Recht zu geben wie den Männern? Das ist am eindringlichsten zu schildern, wenn man an die Kriegsjahre erinnert. Wer hatte denn von den Daheimgebliebenen am meisten zu leiden, der Mann oder die Frau? Die Frauen schlechtweg; die Frauen der in den Schützengräben hausenden Männer selbstverständlich am meisten. Mit den ihnen kärglich zugemessenen Groschen sollten sie die Familien über Wasser halten, die Kinder mit Schuhen, Wäsche und sonstiger Kleidung versorgen, sie sollten die sich selbst überlassenen Kinder zu ordentlichen Menschen erziehen. Stundenlang standen die Frauen Tag für Tag, mit den Papiermarken in den Händen, vor den Läden, um ein Stückchen minderwertiges Brot, ein fragwürdiges Wurstzipfelchen oder ein Stück Zucker zu erhaschen. Sie wurden Briefträger und Kutscher, Strassenbahnschaffner und Granatendreher; die schwersten und ungesundesten Arbeiten mussten von Frauen verrichtet werden.

Und abends? Wenn die Kinder zu Bett gebracht waren, dann krochen auch die abgerackerten Frauen in den frostigen Kammern unter die Bettdecken. Und dann erst kam das heulende Elend erst recht über sie. Verzweifelt wühlten sie das Gesicht in das Kissen, weinten und stöhnten. Seit sechs Wochen keine Nachricht, - keinen Brief, keine Karte-, ob er überhaupt noch lebt? Vielleicht liegt er mit zerschossenen Gliedern hoffnungslos im Lazarett, vielleicht liegt er schon längst im Massengrab - -

"Ach dieser grässliche Krieg! Wenn wir Frauen mitzubestimmen gehabt hätten, dann hätte es niemals Krieg gegeben."

Seht Ihr, deutsche Wählerinnen, das war's, was die Volksbeauftragten in erster Linie mitbestimmte, Euch das Wahlrecht sofort zu geben. Jetzt könnt Ihr mitbestimmen, ob Frieden oder Krieg sein soll, damit Ihr später nicht wieder einmal sagen könnt, ja "wenn" wir! Jetzt gibts kein "Wenn" mehr, jetzt habt Ihr das Wahlrecht.

Am 14. September wird der Satz unserer Verfassung praktisch: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Am kommenden Sonntag geht die Staatsgewalt in Gestalt der Wahl tatsächlich vom Volke aus. Die Wahl schafft einen neuen Reichstag, der nicht nur eine neue Regierung, sondern auch die zukünftige Politik zu bestimmen hat. Wer den Krieg oder auch nur die Hetze zum Krieg will - "Abschüttelung des Jochs" nennen das die Vertreter einer gewissenlosen Aussenpolitik -, wer den Krieg will, darf keinen Sozialdemokraten wählen, muss vielmehr für Kommunisten oder Nationalsozialisten stimmen, die mit der roten Armee Russlands und der italienischen Armee "siegreich Frankreich schlagen" wollen. Wer den Krieg will, wähle national oder nationalsozialistisch. Wer den Frieden will, wer die Versöhnung und Verständigung der Völker und den gesicherten Weltfrieden will - (das ist die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Erwerbslosigkeit!) - der muss sozialdemokratisch wählen.

Merkt's Euch also, Ihr Frauen, es gibt später keine Entschuldigung mehr, es gibt kein "Wenn" mehr, Ihr könnt wählen, Ihr müsst deshalb auch wählen, wenn Ihr Euch nicht versündigen wollt an Euren eigenen Kindern.

Wählt Liste 1.

Philipp Scheidemann.

Chauvinismus in Sowjetrussland.

SPD. Die bolschewistische, in Russland erscheinende "Sa Industrialisaziu vom 22. August berichtet ausführlich über Benachteiligungen und Verfolgungen, die deutsche kommunistische Arbeiter in der Moskauer Gläsererei "MDS" ausgesetzt sind. In dem Artikel heisst es u.a.:

"In der "MDS" wird gegen ausländische kommunistische Arbeiter systematisch gehetzt. Diese Arbeiter wenden nicht entsprechend ihrer Vorbildung und Qualifikation verwendet, so dass ihre Arbeitsleistung verhältnismässig gering ist. Die Fabrikleitung setzt die Ausländer gegenüber den russischen Arbeiter zurück. So wurde z.B. der Arbeiter Genosse St. beschuldigt, eine Maschine verdorben zu haben, was sich hinterher als unwahr erwies. Durch die Untersuchung dieses Falles wurde die ausländerfeindliche Stimmung unter den rückständigen Arbeitern geschürt. Der Betriebsrat des Werkes unterstützte diese Hetze. Der Schriftführer der Parteizelle P. erklärte wörtlich: "die Deutschen machen immer Krach und beschwerten sich bei den oberen Instanzen ohne stichhaltigen Grund." Lange Zeit hatte die Parteizelle angeblich keine Zeit, die Beschwerden der deutschen Arbeiter zu untersuchen. Als sie endlich die Angelegenheit untersuchte, beschränkte sie sich auf einen Verweis. Der stellvertretende Direktor erklärte, dass die deutschen Kommunisten in Wirklichkeit gar keine Fachleute seien und sich nur für solche ausgeben. Die russischen Arbeiter unterschieden sich von den deutschen dadurch, dass sie bescheidener seien und besser arbeiteten."

Fälle von Feindseligkeit ausländischen Facharbeitern gegenüber werden immer wieder von der Sowjetpresse gemeldet. Es ist deshalb eine bewusste Täuschung, wenn die Kommunisten behaupten, dass die deutschen Arbeiter in Russland gern gesehen seien. Aber selbst wenn es anders wäre, so hätten sie angesichts der Nahrungsmittelnot nichts zu beissen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Mathematik bei Hugenberg.

SPD. Hugenberg muss seine Wähler für reichlich dumm halten. In einem Flugblatt - einem von den vielen, die der Hugenberg-Konzern bei dieser Wahl herausgeworfen hat, - sucht er denen, die es glauben, einzureden, dass die Konservative Volkspartei, die Partei der Westarp und Treviranus im Grunde genommen identisch sei mit der Sozialdemokratischen Partei.

Den Beweis dafür lässt Herr Hugenberg von einem seiner Soldschreiber auf mathematischem Wege führen. Zunächst wird behauptet, die Deutsche Volkspartei sei dasselbe wie die Konservative Volkspartei, Beweis dafür sei, dass beide Parteien eine Bundesgenossenschaft im Wahlkreis Düsseldorf - Ost abgeschlossen hätten. Die Deutsche Volkspartei sei aber auch das gleiche wie die Deutsche Staatspartei, denn beide hätten in Baden und Württemberg Listenverbindungen. Also - so lautet die Hugenberg'sche Schlussfolgerung, Konservative Volkspartei gleich Deutsche Staatspartei.

Nun geht der Hugenberg'sche Flugblattschreiber zum zweiten Akt der Beweisführung über. Die Deutsche Staatspartei sei nicht nur gleich der Konservativen Volkspartei, sondern sei auch gleich dem Reichsbanner Schwarzrotgold, denn das habe Herr Lemmer bei der Gründung der Staatspartei gesagt. Daraus ergebe sich, dass die Konservative Volkspartei genau dasselbe sei wie das Reichsbanner, als Treviranus gleich Hörsing. Da nun aber das Reichsbanner, wie bekannt sei, gleich der Sozialdemokratischen Partei sei, so sei die Konservative Volkspartei gleich der Sozialdemokratischen Partei, Westarp gleich Hermann Müller. Was zu beweisen war.

Eine solche Fülle von Scharfsinn hätten wir bei Hugenberg nicht vermutet. Das ist doch noch eine glänzende Entdeckung! Aber leider haben die Leute von Hugenberg ihren Beweis nicht bis zum Schluss durchgedacht und wir erlauben uns ihm noch ein Schlussglied anzufügen. Es ist eine längst bekannte Tatsache, dass Graf Westarp und Treviranus, die Führer der Konservativen Volkspartei mit Herrn Hugenberg gemeinsam das Young-Volksbegehren gemacht haben. Also ist nach der mathematischen Logik von Hugenberg Konservative Volkspartei gleich Deutschnationale Volkspartei, Westarp gleich Hugenberg. Da aber nun, immer nach Hugenberg, Westarp gleich Hermann Müller ist, so ist auch Hugenberg gleich Hermann Müller oder die Deutschnationale Volkspartei identisch mit der Sozialdemokratie. Wir verstehen nun nicht, warum Herr Hugenberg den Marxismus totschiessen will, nachdem er selbst ein Beweisschema dafür produzieren lässt, dass er selbst ein Marxist ist!

- Agitation mit der eigenen Schande.
-

Der Hugenberg-Konzern verbreitet für die Landagitation eine Wochenzeitung die den Titel trägt: "Der grüne Bote". In diesem Blatt wird Agitation im Stil des Schleswig-Holsteinischen Landvolks getrieben.

U.a. finden wir darin zwei Abbildungen. Die eine zeigt die Karl Marx-Schule in Neukölln, die andere eine verfallende Dorfschule im Osten Deutschlands. Damit soll nicht bewiesen werden, dass da, wo die Arbeiter mitzubestimmen haben, für die Kinder gesorgt wird, und anständige Schulen gebaut werden, sondern es wird behauptet, dass die Bauern auf dem Lande die Schulen in der Stadt bezahlen müssten, während auf dem Lande keine Schulen gebaut werden könnten.

Es gibt allerdings im Osten Deutschlands leider immer noch unzulängliche und sogar verfallende Dorfschulen. Das ist nicht die Schuld der Städte, das ist vielmehr die Schuld des Grossagrarierertums, jener ostelbischen Junker, die als

Schulherren die Schulen verfallen liessen und lieber marmorne Pferdeställe und prachtvolle Schweineställe bauten als Schulgebäude. Dass die Schulverhältnisse im Osten Deutschlands immer noch nicht auf der Höhe sind, das ist die historische Schuld und die Schande der Grossagrarien. Und nun gehen sie in Wahlzeiten selbst mit ihrer Schande hausieren und suchen die Landbevölkerung auf die Städte zu hetzen, die hunderttausendmal mehr für die Kinder getan haben als die ostelbischen Junker!

Weiter lässt sich die Verlogenheit der gewissenlosen Hugenbergschen Agitation nicht treiben!

Christus Hitler.

Das neueste Wahlplakat der Nationalsozialisten verkündet, dass Hitler die Arbeiter "mit des Himmels Hilfe" zu Arbeit und Brot führen werde. Hitler gebärdet sich als könne er mit Christus sagen: Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid.

Diese neueste Propaganda ist nicht von ungefähr. Am 12. August erklärte der nationalsozialistische Agitator Schniers in Lasttrup in Oldenburg:

"In zwei Jahren werden die Nationalsozialisten Herren im Lande und Hitler Diktator sein. Und dieser Hitler ist ein Mann, den man nicht genug loben kann. Er ist geradezu ein übernatürliches Wesen. Mit wem ist er zu vergleichen? Mit Mussolini, er ist mehr. Man kann Hitler mit Christus gleichstellen."

Der Grössenwahn ist nicht mehr zu übertreffen! Wir haben allerdings nichts davon gehört, dass Christus seine Jünger mit Revolvern, Dolchen und Schlagringen ausgerüstet hätte, noch weniger davon, dass er seine Jünger mit Hilfe von elenden Silberlingen bestochen hätte, um Gotteswillen bei ihm auszuhalten und nicht zu den anderen überzulaufen.

Bei der geistigen Verwirrung in der Nationalsozialistischen Partei fehlt nur noch, dass jemand Hitler zum Gott erklärt und ein Gebet an Hitler einführt.

Prinzentreue.

Der gut katholische Fürst von Thurn und Taxis galt bisher als eine der treuesten Stützen der Bayerischen Volkspartei. Der bayerische Ministerpräsident Held hat dem Fürsten mehr als einmal eine servile Reverenz erwiesen. Die Ergebenheit der Bayerischen Volkspartei gegen das Thurn- und Taxis'sche Haus hat der Fürsten jedoch nicht abgehalten, den Weg aller Prinzen zu gehen, nämlich den Weg zum Hakenkreuz.

Die Verwalter des Fürsten sind nun drauf und dran, die Landarbeiter auf den fürstlichen Gütern, - und das sind nicht wenige - der Bayerischen Volkspartei abzutreiben und sie der Hitlerpartei zuzuführen. Mit allen jenen Mitteln, die einst angewandt wurden und die Thurn und Taxis'schen Landarbeiter zu getreuen Schäflein der Bayerischen Volkspartei zu machen, werden sie nun ins Hakenkreuzlager gepresst. An der Bayerischen Volkspartei erweist sich die Wahrheit des Spruches, dass man mit dem gestraft wird, womit man gesündigt hat.

Kommunazi-Maskerade.

Nach einer Hitler-Versammlung in München marschierten Hitlers SA-Leute in geschlossenen Formationen von 30 Mann ab. Dabei ereignete sich folgendes: In regelmässigen Abständen sprang aus einer der abmarschierenden Gruppen ein Mann an der Reihe und klebte an Haustüren, Ecken und Anschlagtafeln einen Zettel an. Es war eine wohlorganisierte Klebearbeit. Was aber stand auf dem Zettel? Hier ist der Wortlaut: "Nationalsozialisten organisieren den Streikbruch, Nationalsozialisten sind Agenten des Finanzkapitals, gründet rote Betriebswehren, wählt und agitiert für Liste 4: Kommunisten." Und dies geschehen von der Münchener SA, unter den Augen Hitlers. Woraus erhellt, dass es eins ist, ob SA oder Kommunisten, es ist dieselbe Marke!

Aus aller Welt

Der Athener Hafen brennt.

19 Schiffe vernichtet - Zwölf Todesopfer - Gefährliches Essenkochen.

SPD. Athen, den 9. Sept. (Fig. Ber.)

In der Nacht zum Dienstag brach im Hafen von Athen, dem Piräus, infolge einer Benzinexplosion ein Grossfeuer aus. Innerhalb weniger Minuten standen 18 im Hafen liegende Oeldampfer in Flammen. Keinerlei Löschungsaktion hatte Aussicht auf Gelingen. Auch der griechische Dampfer "Marieta Nomali" fing Feuer. Zwölf Matrosen, wenn nicht mehr, konnten sich nicht mehr retten. Als ihre Kleider Feuer gefangen hatten, stürzten sie sich, brüllend vor Schmerz, ins Meer. Elend kamen sie um.

Der brennende Hafen bot ein grausiges Bild. Wie wilde Fackeln loderten die Flammensäulen in die Höhe. Innerhalb kurzer Zeitabstände kam es zu immer neuen Explosionen. So weit nicht von Athen selbst aus der gerötete Nachthimmel erkennbar war, gaben die sich immer wieder verjüngenden Donnerstösse der Explosionen hallende Kunde vom Unglück ins Land.

Bald war die gesamte Bucht von Piräus eine einzige weite undurchdringliche Feuerfläche. Die Hafenerfeuerwehr, die zu Beginn der Katastrophe daran ging, die vom Feuer noch nicht erfassten Schiffe auf das offene Meer hinauszuschleppen, war in ihrer Arbeit sehr bald lahm gelegt. Statt dessen bekam die Stadtfeuerwehr von Athen zu tun, da die Flammen auch aufs Land übersprangen und hier gleichfalls grossen Schaden anrichteten; ein Wohnhaus wurde eingeäschert. Glücklicherweise konnten die am Ufer gelegenen Oellager der Firmen Standard Oil, Shell usw. vor den Flammen geschützt werden.

Wie so viele grosse Katastrophen hat auch der piräische Hafenbrand eine kleine Ursache. Ein Arbeiter hatte am Ufer gesessen und sich sein Essen gekocht. Als er fertig war, warf er die Feuerreste ins Hafenwasser. Er hatte nicht bedacht, dass es ölig war. In wenigen Sekunden war er aufs grausamste eines Besseren belehrt.

+ + +

Rückkehr der Schmeling-Opfer!

Zehn junge Mädchen vor dem Untergang bewahrt.

SPD. Dieser Tage sind an Bord des Lloyd dampfers "Madrid" neun junge Mädchen der berüchtigten Schmeling-Truppe, von Buenos Aires, in Deutschland eingetroffen. Sieben von den neun als "Tänzerinnen" engagierten Mädchen bilden jene Gruppe, die im Frühjahr dieses Jahres Berlin unter aufsehenerregenden Umständen verlassen hat. Die zwei anderen Mädchen sind früher schon von Frau Schmeling nach Buenos Aires gebracht worden; ihre Abreise hatte sich still und unbemerkt vollzogen. Ein zehntes Mädchen wird in diesen Tagen erwartet.

Man erinnert sich, dass der Fall Schmeling in Deutschland zur Diskussion der Frage "Gibt es einen Mädchenhandel oder nicht?" Anlass gegeben hat. Es konnte Frau Schmeling, der allerhand unfaire Machenschaften bereits nachgewiesen waren, damals nicht in direkter Form der Vorwurf gemacht werden, dass sie die Absicht habe, die jungen Mädchen, mit denen sie Kontrakte in spanischer Sprache abgeschlossen hatte, zu "verhandeln", und die Polizei hatte keine gesetzliche Möglichkeit, die Ausreise zu verhindern. Auch jetzt, nachdem unter anerkannter aktiver Mitwirkung des deutschen Konsulates in Buenos Aires die

Mädchen nach Berlin zurückgekehrt sind, lässt sich ein solcher Vorwurf nicht in direkter Form erheben.

Die Reise nach Argentinien begann unter wenig glücklichen Vorzeichen. Den Skandalszenen bei der Abfahrt vom Lehrter Bahnhof in Berlin folgten mehr oder minder heftige Zusammenstöße mit Frau Schmeling an Bord des französischen Dampfers "Eubée", auf dem sich die Truppe eingeschifft hatte. Frau Schmeling, die erst ziemlich freundlich mit den jungen Mädchen umgegangen war, schikanierte sie an Bord nach Strich und Faden. Die eine war ihr zu schlank, die andere zu dick, die dritte zu blond, die vierte zu schwarz. "Die Männer drüben wollen dicke und dunkle Frauen haben...", eine wurde zu einer Arsenkur gezwungen! Einmal tat Frau Schmeling die Aeusserung: "Regt Euch man ruhig auf... Ihr könnt mich, falls Ihr je nach Deutschland zurückkommen solltet, dort verklagen. Ich kehre nie wieder dahin zurück." Es sieht auch jetzt nicht so aus, als ob sie wiederkäme.

Nach 40tägiger Fahrt kam die Truppe in Montevideo an, da Frau Schmeling zunächst keine argentinische Einreiseerlaubnis besass. Die jungen Mädchen mussten in einem Theater auftreten, von dem der Konsul von Uruguay in Berlin sagte, dass es eins der bestrenommiertesten in Montevideo wäre. Wie dem auch sei - von dem Augenblick an, als die jungen Mädchen in Argentinien ankamen, hatten wohl die argentinische Regierung als auch das deutsche Konsulat ein wachsames Auge. Die Mädchen tanzten in einem Theater, und ertanzten sich das Reisegeld. Mag sein, dass Frau Schmeling, die nach wie vor auf der schwarzen Liste der "Internationalen Artistenloge" steht, dunkle Dinge vorhatte; den zehn Mädchen, die jetzt wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, ging es jedenfalls nicht schlecht.

Das aber muss betont werden: dass zufällig einmal grosses Unglück verhütet werden konnte, mindert nicht im geringsten die Berechtigung der Warnung: Vorsicht bei allen Engagements als Tänzerinnen usw. ins Ausland - doppelte Vorsicht bei solchen Engagements nach Uebersee!

+ + +

Mildes Urteil. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde die 24jährige Ehefrau Minna Wasmund wegen Kindesmisshandlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hat ihren 5 Jahre alten Sohn Harry in der grausamsten Weise mit Stöcken, Besenstielen, Ausklopfern und anderen Instrumenten der häuslichen Hygiene aufs widerlichste verprügelt und einmal sogar so heftig geschlagen und getreten, dass er blutüberströmt und ohnmächtig zusammenbrach. Der Staatsanwalt, der sechs Monate Gefängnis beantragte, wandte sich in der Begründung seines Antrages auch an die Pressevertreter: "Ich bitte Sie herzlichst dieses Falles möglichst eingehend anzunehmen. Sie würden damit vor allem den unglücklichen Kindern einen grossen Dienst erweisen, denn es ist bekannt, dass täglich viele Tausende von Kindern in Berlin misshandelt werden. Die Hausbewohner hören wohl das Schreien, wagen aber wegen der Brutalität der Eltern gegen diese nichts zu unternehmen. Es ist aber dringend nötig, dass die Leute Mut zur Anzeige bekommen, denn Kindesmisshandlung ist das gemeinste Verbrechen. Es geschieht hinter verschlossenen Türen, und man kann direkt von wahren Folterkammern reden." Das Gericht begründete das für "das gemeinste Verbrechen" sehr milde erscheinende Urteil damit, dass die Angeklagte selbst noch sehr jung sei und der Erziehung bedürfe.

+ + +

Walter von Molo zurückgetreten. Walter von Molo hat den Vorsitz der Dichterakademie innerhalb der Preussischen Akademie der Künste niedergelegt. Ueber die Gründe des Rücktritts ist vorläufig noch nichts bekannt. Wegen der Neuwahl wird in Kürze Beschluss gefasst werden.

+ + +

Verurteilter Bürgermeister. Vom Schöffengericht Limburg wurde der Bürgermeister Guckelsberger des Städtchens Hause, der der Unterschlagung von Gemeindegeldern und Wohlfahrtsunterstützungen für schuldig befunden wurde, zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

+ + +

Sturz in die Gletscherspalte. Bei einer Hochtour in die Sylvretta-Gruppe (Schweiz) ist der Angestellte Riedler aus Kaufbeuren (Bayern) in eine Gletscherspalte gestürzt. Riedler, der die Tour allein unternahm, konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Körper war vollkommen zerschmettert.

Skandal um Arbeit. Auf das Gesuch nach einem Arbeitsjungen von 18 Jahren, das in einer Kölner Zeitung erschienen war, meldeten sich im Hause des Arbeitgebers etwa 300 junge Arbeitslose. Als sie hörten, dass die Stelle bereits besetzt war, verführte sie die Enttäuschung zu einem tumultuösen Skandal, der erst durch das Eingreifen der Polizei beendet werden konnte.

Grossfeuer im Vergnügungspark. Der Londoner Vergnügungspark Dreamland im Vorort Margate ist zum grossen Teil ein Raub der Flammen geworden. Nur die Tierchau konnte gerettet werden.

Die "Einigkeit" der Bombenverbrecher. Im Altonaer Bombenlegerprozess wurde als Zeuge Rechtsanwalt Dr. Strauss aus Lüneburg, der Nebenkläger ist, vernommen. Er berichtete von den Schäden, die die an seinem Haus zur Explosion gebrachte Bombe angerichtet hat. Der Zeuge will bei dem Attentat sofort an Volck gedacht haben. Als Motiv des verübten Anschlags bezeichnete er die Wut der Völkischen darüber, dass er Republikaner, früherer Reichsbannermann und Jude sei. Hinsichtlich der gestellten Entschädigungsansprüche habe Strauss gemerkt, dass die Angeklagten, die sonst immer so tun, als ob sie zusammen durch dick und dünn gehen würden, durchaus nicht mehr so geschlossen aufträten, wenn es ans Zahlen gehe. Auf das ihm gemachte Angebot, auf die Teilnahme am Prozess als Nebenkläger zu verzichten und dafür eine reichlichere Entschädigung in Empfang zu nehmen, habe er selbstverständlich verzichtet. - In den Bekundungen des als Zeugen vernommenen Bauernbundgeschäftsführers Gellert ist besonders interessant, dass in öffentlichen Versammlungen der Angeklagte Becker erklärt habe, dass angesichts der Not der Landwirtschaft durchaus ein Notwehrrecht bestände, zu töten. In diesem Zusammenhang sollen auch die Namen Grzesinski und Braun genannt worden sein.

Diamonds Pläne. Der von der deutschen Kriminalpolizei nach Amerika abgeschobene New Yorker Alkoholschmuggler Jack Diamond, der wegen der ihm in Deutschland zuteil gewordenen Behandlung den preussischen Staat um Schadenersatz verklagen will, hat den Berliner Rechtsanwalt Dr. Sandack beauftragt, alles zu tun, um seine Ausweisung aus Deutschland wieder rückgängig zu machen. Diamond, der mit Dr. Sandack in steter Funkverbindung steht, erklärt, dass er mit dem nächsten Schiff von New York nach Bremen zurückkehren möchte, um sich in Deutschland einer Kur zu unterziehen.

Elektrotod auf dem Bauerngut. Auf dem Gelände eines Landgutes bei Metz stiess eine von fünf Personen geschobene Lokomotive an einige elektrisch geladene Drähte. Vier Personen erlitten schwere Brandwunden, der 16jährige Sohn des Gutsbesitzers war auf der Stelle tot.

Weltrekord im Langsamfahren. Der Weltrekord im Langsamfahren wurde auf dem Pariser Montmartre aufgestellt. 50 Automobile, Lastkraftwagen und Motorräder beteiligten sich. Den ersten Preis gewann ein Herr Ulrich mit der Rekordleistung von 363 Metern, 96 Zentimetern "Geschwindigkeit" pro Stunde. Die Rennstrecke betrug 670 Meter, die der Sieger in einer Stunde, 50 Minuten 23 $\frac{3}{5}$ Sekunden für einen einzigen Meter gebraucht! Die Jury erschien auf einer von drei Gäulengezogenen Postkutsche aus dem Jahre 1830.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Brüning und die Arbeitslosen.

Amtliche Schönfärberei trotz steigender Not.

SPD-Hunger und Not schleichen durch die Gassen, die Regierung aber bringt es fertig, den erschütternden Ernst der Arbeitsmarktlage schön zu färben. Der neue Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. August zeichnet sich durch eine auffallende Leisetreterei aus. Der Bericht ist ganz offenkundig für die Wahlen zurechtgemacht. Er versucht, das Grauen zu mildern und zu verschleiern. Er verdeckt und verheimlicht böse Dinge.

Die amtliche Schönfärberei sieht folgendermassen aus: "Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung hält sich mit rund 11 000 Köpfen in den Grenzen der vorjährigen Bewegung, allerdings bei doppelt so hoher Belastung der Versicherung. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um etwa 20 000 gestiegen. Damit hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstützten erreicht.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden ist ebenfalls weiter gestiegen. Nach Abzug derjenigen, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, mussten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitssuchenden - einschliesslich der üblichen Fluktuation des Marktes und eines gewissen Bestandteiles Erwerbsbeschränkter - am 31. August rund 2 873 000 als arbeitslos gelten. Das Anwachsen dieser Zahl, die während der ersten Hälfte des Monats um etwa 80 000 gestiegen war, ist langsamer geworden; es belief sich in der zweiten Hälfte nur auf etwa 28 000. Im ganzen ist der Arbeitsmarkt während der Berichtszeit etwas stärker in Bewegung geraten. In einzelnen Bezirken von Berufsgruppen war eine leichte Besserung der Vermittlungsmöglichkeiten zu verzeichnen, denen jedoch neue Entlassungen überwiegend gegenüberstehen. An der Erhöhung der Zahl der Krisenunterstützten sind alle Landesarbeitsämter beteiligt. Dagegen haben die Bezirke Brandenburg, Schlesien, Nordmark und Sachsen einen Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung zu verzeichnen. Ebenfalls in Schlesien und Brandenburg, ausserdem in Bayern, hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden etwas verringert, während sie in den Bezirken Nordmark und Sachsen ebenso wie bei den anderen Landesarbeitsämtern gestiegen ist. "

Soweit der amtliche Bericht - soweit die offizielle Schönfärberei. Warum solch vornehme Zurückhaltung vor der grauenvollen Not, deren Zunahme alle Welt sieht, nur anscheinend die Regierung Brüning nicht. Sie sieht eine Besserung der Arbeitsmarktlage, eine "Bewegung" auf dem Arbeitsmarkt, und wie hypnotisiert starrt sie auf die Punkte, wo die Zahl der Arbeitssuchenden ein klein wenig zurückgegangen ist. Sie sieht nichts von der fürchterlichen Zunahme der Aussteuerung und von der Zunahme der Arbeitssuchenden infolge der neuerdings wieder wie toll einsetzenden Entlassungen. Die Regierung Brüning ist grosszügig. Sie kann sich mit den 8 000 Aussteuerungen, mit denen wir jetzt pro Tag zu rechnen haben, nicht lange aufhalten. Ihr jagt es auch keinen Schrecken ein, dass z.B. in Berlin allein fast 90 000 Wohlfahrtserwerbseiose zu unterstützen sind. Ihr zittert nicht das Herz angesichts der Tatsache, dass rund eine halbe Million Arbeitslose ohne Unterstützung dahin vegetieren. Diese Tatsachen des Grauens und Entsetzens sieht die Regierung nicht. Statt dessen macht sie viel Aufhebens von ganz vereinzelt Belebungserscheinungen, obwohl die Zahl der

Arbeitslosen im Steigen begriffen ist. Die Gesamtbilanz ist so grausig, dass alle Vertuschungskünste lächerlich erscheinen müssen. Von 2,9 Millionen Arbeitslosen sind nur rund 1,95 in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung. Wie aber stehts mit der restlichen Million? Vielleicht unterstützen die Städte davon mit Ach und Krach eine halbe Million. Die Frage ist aber: wie lange noch? Schon sind verschiedene Gemeinden mitten im Bankrott. Das Heer der unglücklichen Opfer der Arbeitsmarktkrise, die ohne jede Unterstützung sind, nimmt von Tag zu Tag erschreckend zu.

Die Regierung vertuscht und beschönigt. Fürchtet sie sich? Fürchtet sie sich vor dem 14. September? Zittert sie vor dem Tag der Abrechnung? Sie hat allen Anlass dazu. Was ist aus ihren grossen Versprechungen geworden? Noch immer ist nichts zu vernehmen von den Auswirkungen des viel besungenen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Wo blieb der Mut der Regierung Brüning gegenüber den Industriegewaltigen, die durch forcierten Abbau dem Radikalismus künstlich Wasser auf die Mühlen geliefert haben? Die Frontkämpferregierung war nur mutig im Lästern des Kabinetts Müller. Das Kabinett Müller hat es im Jahre 1928 und 1929 in den Monaten April bis August d.h. in der Zeit, in der Brüning im Amt ist, zu einer viel kräftigeren Entlastung des Arbeitsmarkts gebracht als dessen Kabinett. Die Entlastung in der Regierungszeit Brüning beträgt ganze 150 - 200 000. Im vorigen Jahr dagegen betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit von Ende März bis August über 1 1/2 Millionen.

Die Regierung vertuscht und beschönigt, statt offen auszusprechen, was ist, statt wenigstens dafür zu sorgen, dass die Opfer der Arbeitsmarktkrise nicht zum Selbstmord getrieben werden. Um das Mass des Elends voll zu machen, geht die Regierung mit dem Gedanken um, den Arbeitslosenschutz noch mehr einzuschränken. Wir sind die letzten, die die unleugbaren Schwierigkeiten, mit denen auch die Regierung zu kämpfen hat, verkennen. Allein wir wissen auch, dass die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung gar nicht wirkungsvolle Sozialpolitik treiben kann. Nur die Sozialdemokratie wird in der Regierung den Kampf um die Lebensinteressen der Arbeitslosen erfolgreich führen. Arbeitslose und Arbeitnehmer, denkt daran am 14. September!

SPD. Scharfe Kritik an der neuen Krankenscheingebühr, die in der Öffentlichkeit im Anschluss an verschiedene Fälle geübt wurde, wo durch Verzögerung der Krankenscheinausstellung Leben und Gesundheit bedroht wurden, ist dem Reichsarbeitsministerium auf die Nerven gegangen. Es beiehlt sich daher, jetzt mitzuteilen, die Aufsichtsbehörden der Krankenkassen seien längst darauf hingewiesen worden, dass die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung von Krankenhilfe bilde, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten sei, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden könne.

Nachträgliche Entrichtung in dringenden Fällen?! Was das für Scherereien in der Praxis bedeutet, weiss jeder Krankenkassenversicherte. Dass mancher arme Teufel jedenfalls so und sooft zögert, zum Arzt zu gehen, weil er die 50 Pfennige nicht riskieren kann, - die 50 Pfennig, die er im Augenblick braucht, ist ebenfalls leicht zu erraten, und dass die Ausnutzer der Krankenkassen die 50 Pfennig sehr gerne riskieren, liegt auf der Hand. Wir bleiben deshalb dabei, die Krankenscheingebühr des Kabinetts Brüning ist ein böses Ding.

SPD. Der Steinstrassenbau hat eine schwere Zeit durchzumachen. Im Bezirk Mitteldeutschland z.B. sind zur Zeit reichlich 50 Prozent der Steinsetzer arbeitslos oder ausgesteuert. Der "Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Steinsetzungsgewerbe" glaubt deshalb die Gelegenheit zum Lohnabbau ausnützen zu müssen. Er möchte diktieren. Alle Verhandlungen sind bis jetzt gescheitert.

Auch das angerufene Schiedsgericht unter dem Vorsitz von Professor Boehmer-Halle hatte keine Lust, sich einfach vorbehaltlos den Unternehmerwünschen zu fügen. Diese erklären jetzt höhnisch, sie fühlten sich unter einem tariflosen Zustand ganz wohl. Trotzdem gehen sie allem Anschein nach mit dem Gedanken um, das Reichsarbeitsministerium anzurufen. Sie glauben, dass sie dort nach Wunsch bedient werden, weil der Zentrumsmann Darius-Oschersleben dem Vorstand des Unternehmerverbandes angehört.

Der Zentralverband der Steinarbeiter erwartet von seinen Mitgliedern, dass sie sich unter keinen Umständen von den Paschamaniern wildgewordener Kleinunternehmer einschüchtern lassen und zunächst einmal am 14. September durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels den Unternehmerrhitzköpfen eine kalte Dusche verabfolgen.

SPD. Die Lohnschiedssprüche für das Holzgewerbe sind von den Arbeitern angenommen worden. Der Arbeitgeberverband, der abgelehnt hat, ist anscheinend durch die Pleite der Lohnabbauversuche verschiedener seiner Mitglieder noch nicht gewitzigt.

SPD. Der Oberpräsident der Mark Brandenburg und von Berlin hat der von der Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft beantragten Entlassung von 1200 bis 1500 Arbeitern die erforderliche Zustimmung erteilt. =

So wetteifern die Behörden mit den Unternehmern in der künstlichen Radikalisierung der Massen.

SPD. Hugenberg möchte die Ärzte für die Deutschnationale Partei einfangen. Er verschickt Briefe, worin er die Ärzte gegen die Krankenkassen aufzuputschen versucht. Er sagt darin: "Es geht heute dabei schon nicht nur um die Sozialisierung der Ärzteschaft, deren Opfergeist und Unermüdlichkeit das heutige morsche System noch aufrechterhält, sondern wir stehen schon in einem weiteren Stadium des kulturellen Verfalles unseres Volkes: vor der Proletarisierung des Arztes wie aller anderen geistigen Arbeiter. Aus dieser Lage gibt es nur einen Ausweg, der beschritten werden kann, sobald hinreichende Teile unseres Volkes den Mut gefunden haben, auf die Betäubungsmittel der kleinen Reformversuche zu verzichten, und sich der Krise bewusst werden, in der wir sozialpolitisch wie überhaupt als Volkskörper stehen. Es liegt nur an uns, die Entartungskrise der Sozialversicherung (wie Hellpach sich auf dem Essener Ärztetag 1929 ausdrückte), in eine Gesundheitskrise zu überführen und aufzuräumen mit den Lebensformen, aus denen das Leben längst entwichen ist, mit jenen Pseudo-Organismen, die nie ein Recht des Daseins haben durften. Das verlangt natürlich Überwindung der allgemeinen Scheu vor "Störungen". =

Ob Hugenberg bei den Ärzten viel Glück haben wird? Wir bezweifeln es; denn ein gut Teil der Ärzte weiss, dass jene "Pseudo-Organismen", die nie ein Recht des Daseins haben durften", Tausenden von Ärzten Dasein und Existenz gesichert haben.

SPD. In Prag findet in der Zeit vom 21. bis 24. September ein Kongress der Tschechoslowakischen gewerkschaftlichen Vereinigung statt. In ihr sind die sozialistisch orientierten gewerkschaftlichen Organisationen zusammengefasst,

Überwindung der Wirtschaftskrise.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Nur wer Wahlschwindel treibt, kann sagen, dass er ein Generalrezept für die sofortige Überwindung der ökonomischen Krise besitzt, die eine Erscheinung von übernationalen Dimensionen ist. Aber auch wenn man diesen gewiss nicht erfreulichen Zustand ehrlich zugibt, bleibt eine Fülle von Einzelmaßnahmen übrig, von deren Durchführung der Ablauf der Krise in hohem Masse beeinflusst werden kann und deren entschiedene Durchführung von entscheidender Bedeutung für die Lage der breiten Massen der Bevölkerung sein wird. In diesem Sinne muss man den am Sonntag stattfindenden Reichstagswahlen grösste Bedeutung zusprechen.

Die Krisenüberwindung erfordert vor allem die Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft durch den Abbau überhöhter Preise. Sie fordert aus dem gleichen Grunde, d.h. nicht nur unter sozialen, sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Abwehr der sozialreaktionären Angriffe auf die Löhne, auf die Arbeitslosenversicherung und die anderen Zweige der Sozialversicherung. Zur wirksamen Förderung des Abbaus überhöhter Preise bedarf es einer starken staatlichen Kontrolle der Trusts und Kartelle wie aller monopolistischen Preisbindungen und Bindungen ungesunder Handelsspannen.

Die Notverordnung der Regierung Brüning hat anerkannt, dass in der Gegenwart die mangelhafte Anpassung der gebundenen Preise die Überwindung der wirtschaftlichen Not erschwert und verzögert und zum Brachliegen menschlicher Arbeitskräfte und technischer Anlagen weit über das unmittelbar durch eine Krise an sich bedingte Mass hinaus führt. Aber mit dieser theoretischen Anerkennung ist nichts getan. Die Regierung hat bisher gezeigt, dass es ihr nicht ernst oder mindestens nicht eilig mit praktischen Massnahmen zur Überwindung der Krisennot ist. Sie ist nicht auf Grund der Erkenntnisse, die sie zum Erlass der Notverordnung veranlassten, zur Anwendung der Waffe, die sie sich geschaffen hat, geschritten, sondern sie hat zunächst nur eine Reihe von mehr oder minder langwierigen Untersuchungen in die Wege geleitet. Sie hat nicht einmal, nachdem eine Mehrheit des Reichswirtschaftsrats sich für eine sofortige Aufhebung der Preisbindungen bei Markenartikeln der Lebens- und Genussmittel ausgesprochen hat, diesem Gutachten stattgegeben, sondern hat auch auf diesem Gebiet neue Untersuchungen gefordert.

Wir fordern deshalb, dass anstelle der unzulänglichen Notverordnung, - die immer wieder neue Einzeluntersuchungen erfordert, eine dauernd wirksame Kontrolle der monopolistischen Preisbindungen in allen Formen eingeführt wird. Diese Kontrolle erfordert einen ständigen Apparat, an dessen Verwaltung die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften beteiligt sein müssen.

Des Weiteren ist zur Krisenüberwindung eine umfassende Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Kommunen notwendig. Um die beschleunigte Vergebung von Aufträgen, die Belebung des Wohnungsbaus und die Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten, z.B. auf dem Gebiete des Strassenbaus, zu ermöglichen, müssen alle bestehenden Hemmungen für den Zustrom von Kapital auch aus dem Auslande für die öffentliche Hand beseitigt werden. An der verhängnisvollen Zuspitzung der gegenwärtigen Krise ist die Abdrosselung der Arbeitsmöglichkeiten der Gemeinden durch die von dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erzwungene,

aber auch heute noch nicht aufgegebenen Absperrung der Gemeinden von dem internationalen Anleihemarkt in erheblichem Umfang schuld. Mit dieser Politik muss gebrochen werden, um die öffentlichen Körperschaften für eine wirksame Konjunkturpolitik, für die Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft durch Arbeitsbeschaffung an entscheidenden Stellen aktionsfähig zu machen.

Die Arbeitsmöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft sind bei der industriellen Zusammensetzung unseres Landes, bei der Angewiesenheit auf den Bezug von ausländischen Rohstoffen entscheidend abhängig auch von den Möglichkeiten der Ausfuhrsteigerung. Deutschland muss deshalb eine Handelspolitik treiben, die geeignet ist, seine Absatzmöglichkeiten nicht nur am inneren Markt (durch Preis- und Lohngestaltung), sondern auch am Weltmarkt zu fördern.

Die Regierung Brüning-Schiela dagegen hat durch ihre agrarischen Hochschutzzollmassnahmen, durch die Unterbindung der Einfuhr von Gefrierfleisch zu Lasten der ärmsten Verbraucher und anderes die bestehenden Handelsverträge gefährdet und die, dank der früheren Regierung endlich in Aussicht stehende Beendigung des Zollkriegszustandes zwischen Deutschland und Polen erneut verhindert. Die Vertreter der Industrieinteressen im Unternehmertum wussten dieser verhängnisvollen Überspitzung des Agrarschutzzolls nichts anderes gegenüberzusetzen als die Forderung nach neuen Industrieschutzzöllen, deren Durchführung die handelspolitischen Schwierigkeiten erhöhen, die Absatzmöglichkeiten für die Produkte der deutschen Arbeit in der Welt noch weiter erschweren würde.

Die Sozialdemokratie fordert demgegenüber den Abbau der Zölle, den Ausbau der Handelsverträge und die tatkräftige Förderung aller internationalen Bestrebungen zur Erleichterung des Warenaustauschs von jeder Seite. Eine unvernünftige, einseitigen agrarischen oder industriellen Interessen dienende Zollpolitik belastet die Massen der deutschen Bevölkerung nicht nur als Verbraucher sondern sie beschränkt auch ihre Arbeitsmöglichkeiten und lähmt die Kräfte der Krisenüberwindung.

Zu diesen dringlichen und sofort durchführbaren Massnahmen der Wirtschaftspolitik kommt hinzu, dass auch die scheinbar rein politische Frage, ob in Deutschland der Wille zur demokratischen, parlamentarischen Regierungsform stark genug ist, um allen Gelüsten zu einer offenen oder verschleierte Diktatur oder irgendeiner Form des unparlamentarischen Regimes im Keine zu ersticken, ein wesentlicher Faktor für die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Wiederholung ist. Denn von dem Vertrauen zur Sicherung der Demokratie in Deutschland gegenüber allen Diktaturspielereien hängt der internationale Kredit der deutschen Wirtschaft und der deutschen öffentlichen Körperschaften ab. Nur das Gefühl der Festigkeit der demokratischen Verfassungsgrundlagen wird auch den unseligen Prozess der Kapitalflucht Einhalt gebieten, der zwar moralisch verdammenwert ist, gegen den man aber weder mit moralischen Ermahnungen noch mit Strafdrohungen etwas erreichen wird, wenn nicht das Gefühl für die Festigkeit des deutschen Staatswesens auf der Grundlage der Demokratie geschaffen wird. Denn von dem Gefühl der Sicherheit gegenüber den politisch-dilettantischen Diktaturspielereien hängt auch das Gefühl des Vertrauens zur deutschen Währung ab, das immer noch allzu leicht durch die Erinnerung der unseligen Inflationszeit und durch gewissenlose Agitatoren gefährdet wird.

Je grösser die Zahl der sozialdemokratischen Wähler am Sonntag sein wird, je stärker die Sozialdemokratie als der sichere Kämpfer für Demokratie und für soziale Wirtschaftspolitik in den neuen Reichstag einziehen wird, desto besser sind auch die Aussichten für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft
Wähler und Wählerinnen, handelt danach

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund wendet sich in folgenden Ausführungen gegen den vom Reichsfinanzminister Dietrich angekündigten Abbau des Wohnungsbaufonds:

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat in einer vor wenigen Tagen gehaltenen Wahlrede erklärt, er wolle aus dem Hauszinssteueraufkommen weitere 400 Millionen Mark dem öffentlichen Finanzbedarf zuführen. Wenige Wochen zuvor ist vom Reichskabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm verkündet worden, das die Bereitstellung von etwa 575 Millionen Mark für Bauten vorsah. Von diesem Betrag sollten etwa 250 Millionen für den Wohnungsbau, der Rest für Bauten anderer Art verausgabt werden. 150 Millionen, davon 100 für den Wohnungsbau, sollten von der Regierung selbst aufgebracht werden.

Der Entschluss des Herrn Reichsministers der Finanzen ist nach eigener Erklärung nicht etwa ein letzter Ausweg zur Sanierung der Reichsfinanzen; der genannte Betrag soll vielmehr dazu dienen, bei anderen Steuern Ersparnisse vorzunehmen. Der Minister lässt sich dabei von der Hoffnung leiten, die Ersparnisse an anderen Steuern würden das Wirtschaftsleben befruchten.

Der Herr Reichsminister der Finanzen fällt damit in Gedanken zurück, die im vergangenen Jahre eifrig propagiert wurden, inzwischen aber als überholt gelten müssen und zu dem vom Reichskabinett versprochenen Wirtschaftssanierungsprogramm und dem gleichzeitig versprochenen mehrjährigen Bauprogramm in krassem Gegensatz stehen. Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit bei gleichzeitigem Entzug bisheriger Arbeitsgelegenheit schaffender Mittel ist widersinnig.

An je 1000 RM Hauszinssteuer hängen etwa 2300 Mark weitere Wohnungsbau-gelder. Mit 400 Millionen Mark würden dem Wohnungsbau insgesamt also 1300 Millionen Mark entzogen werden, weit mehr als ein Drittel der Summe, die während des vorigen Jahres im Wohnungsbau überhaupt investiert wurde. Dass die Hauszinssteuer durch andere Mittel ersetzt werden kann, was als ausgeschlossen gelten. Es ist nicht einmal möglich gewesen, für die im günstigsten Falle nur doppelt so hoch verzinslichen Darlehen der Landesversicherungsanstalten und die noch ungleich teureren Darlehen der Sparkassen Ersatz zu finden, weil die Differenzen zwischen den Kosten dieser beiden Arten von Darlehen und denen des freien Marktes schon zu hoch sind.

Das Reichskabinett hat dem Wohnungsbau in diesem Jahre durch die Lahmlegung der Sozialversicherung, zwangsweise Aufnahme von 150 Millionen Reichsbahnvorrugsaktien, Leistung der Zahlung an die Invalidenversicherung für das vergangene Jahr in Reichsschatzwechseln, Halbierung der Zollüberweisung an die Invalidenversicherung, Überwälzung der Kosten des Markenverkaufs und der Rentenzahlung von der Reichspost auf die Invalidenversicherung - etwa 200 Millionen entzogen. Die Bereitstellung von 100 Millionen für den Wohnungsbau bedeutet also ohnehin eine nur teilweise Wiedergutmachung jener Schädigungen. Die in Aussicht gestellte Kürzung des Wohnungsbau-Fonds um weitere 400 Millionen würde die Rechnung zu Ungunsten des Reichskabinetts weiter verschlechtern: Einem Entzug von 600 Millionen stünde eine Zubilligung von 100 Millionen Mark gegenüber.

Gegen die geplante weitere Kürzung des Wohnungsbau-Fonds müssen wir Protest erheben. Zugleich sprechen wir nach Erwägung all dessen, was die Regierung zur Förderung und Schädigung des Wohnungsbaues getan hat, dem Kabinett das Recht ab, von sich zu behaupten, es sei um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht."

Die Wählerschaft protestiert am besten gegen die sozialreaktionären Pläne des Reichsfinanzministers und der Regierung Brüning, indem sie am Sonntag Liste I (Sozialdemokraten) wählt.

SPD. Der Einheitsverband der Handel= und Gewerbetreibenden und freien Berufe erlässt folgenden Wahlaufruf:

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, am 14. September das Reichsparlament neu zu wählen. Die Neuwahl des Reichstags fällt in eine Zeit schwierigster Wirtschaftslage. Neben dem Millionenheer der Arbeitslosen sind weitestente Schichten des gewerblichen Mittelstandes in harte, wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Die Kaufkraft der breiten Volksmasse, zugleich der Lebensnerv der Existenz von Millionen Handel= und Gewerbetreibenden, hat einen erschreckenden Tiefstand erreicht. Regierungsmassnahmen des Kabinetts Brüning drosseln weiter, die an sich schon stark geschwächte Kaufkraft.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Kartelle und Trusts hat die freie Entwicklungsmöglichkeit des Klein= und Mittelbetriebes auf ein Mindestmass beschränkt. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation hat vor der selbständigen Existenz der Handel= und Gewerbetreibenden nicht Halt gemacht. Sie hat das wirtschaftliche Dasein von Millionen Selbständiger in ihre Abhängigkeit gebracht und dadurch weite Kreise der Selbständigenschicht proletarisiert. Zu der Masse der unterdrückten Lohnarbeiter gesellt sich das Heer der unterdrückten Handel= und Gewerbetreibenden; beide Opfer kapitalistischer Wirtschaftsorganisation.

In der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung der Letztzeit kommt der ungeheure Einfluss der Kapitalgewaltigen so recht zum Ausdruck. Steuern wälzt man auf die Schultern der Kleingewerbetreibenden und Konsumenten ab. Verschlechterungen in der Sozialversicherung, Lohnabbau, also Schwächung der Kaufkraft wird mit Hilfe des Brüning=Kabinetts, des Kabinetts des Besitzes, durchgeführt. Besitz=interessenpolitik statt Interessenpolitik der schaffenden Mehrheit steht im Vordergrund.

Handel= und Gewerbetreibende ihre Interessen liegen nicht in dieser Richtung. Nicht die Steuerpolitik, die Handels= und Schutzpolitik, die Sozial= und Lohnpolitik des Kabinetts Brüning, die sich rücksichtslos gegen die Mehrheit des schaffenden Volkes richtet, fördern Handel und Gewerbe. Nicht für eine Wirtschaftspolitik, die die Lebenslage weitesteter Volksschichten verschlechtert, sondern die die Kaufkraft der Massen hebt, hat der Handel= und Gewerbetreibende ein Interesse. Nur wenn der Arbeiter beschäftigt ist und gut verdient, kann auch der Handel= und Gewerbetreibende existieren. Die Lebenslage der Gewerbetreibenden ist abhängig von dem Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Alle Bestrebungen, die Kaufkraft zu heben, müssen im ureigensten Interesse der Handel= und Gewerbetreibenden unterstützt und gefördert werden. Nicht Abbau der Sozialversicherung, sondern Ausbau und Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden unter ihren Schutz, ist das Erfordernis der Jetztzeit.

In einem Augenblick, in dem auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik der Einfluss der Kapitalgewaltigen immer stärker wird, gibt es für die unterdrückte proletarisierte Selbständigenschicht keine andere Losung, als mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft einzutreten für einen Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei allein bietet die Gewähr, den Kampf um den Ausgleich der Interessen, erfolgreich zu führen. An ihrer Geschlossenheit und Stärke zerschellen weitere Angriffe der Reaktion.

In dem Kampfe um den Ausbau der Deutschen Republik, in dem Ringen nach einer gerechteren demokratischen Wirtschaftsordnung bleibt die Sozialdemokratie Bahnbrecherin.

Als Partei der Schaffenden und Unterdrückten sucht die Sozialdemokratie alle Schichten des arbeitenden Volkes von kapitalistischer Willkür, Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Handel= und Gewerbetreibende. Wahlkampf ist Wirtschaftskampf. Es geht um eure Zukunft.- Entscheidet mit am 14. September für einen Sieg der Sozialdemokratie.

SPD. Die Beanspruchung des Reichsbankkredits ging in der Woche zum 6. September um 312,7 Millionen auf 1732,1 Millionen Mark zurück. Damit sind rund drei Fünftel der zur Überwindung des Augustultimos beanspruchten Gelder in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die gesamte Kapitalsanlage der Bank liegt wenig (um etwa 10 Millionen) unter dem Stand des Vormonats, aber um rund 900 Millionen Mark unter dem Stand des Vorjahres. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks verringerten sich um 158,1 Millionen auf 1571,9 Millionen Mark (Vormonat = 1588,6, Vorjahr = 2472,6 Millionen).

Bemerkenswert ist der Rückgang der fremden Gelder um 47,2 Millionen auf 368,4 Millionen Mark. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, dass bei der öffentlichen Hand grösserer Geldbedarf besteht. Die Bilanz der Reichsbank weist diesmal auch Schatzwechsel in Höhe von 500 000 Mark aus, während am Schluss der Vorwoche keine Bestände vorhanden waren.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 23 Millionen auf 3011 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 37 000 auf 2 618,9 Millionen Mark abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 23,1 Millionen auf 392,1 Millionen Mark (wahrscheinlich Umbuchungen) zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,6% in der Vorwoche auf 58,4%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,5% auf 67,1%.

Berliner Viehmarkt.

(9 September)

SPD. Allem Anschein nach ist der Schweinemarkt in eine rückläufige Entwicklung eingetreten, denn von den meisten Märkten liegen Preisermässigungen vor, trotzdem das Angebot nicht besonders dringlich ist. Der Berliner Markt zeigte am Dienstag zur Abwechslung wieder stärkere Beschickung. Die Preise wurden in Berlin jedoch, wahrscheinlich auf Grund des besseren Geschäfts auf dem Fleischgrossmarkt in den Vortagen, gehalten. Der Schweinemarkt wurde, ebenso wie der Kälber- und Rindermarkt, geräumt. Der Kälbermarkt zeigte bei zu kleinem Angebot glatten Handel bei anziehenden Preisen. Auf dem Rindermarkt gaben die Preise bei genügendem Angebot unbedeutend nach. Der Hammelmarkt hatte bei genügender Beschickung ruhiges Geschäft.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44-50 (voriger Markt 45-51), b) 38-42 (39-43), c) 32-36 (33-37), d) 26-28 (27-30), Kälber: a) - (-), b) 75-84 (73-82), c) 72-74 (70-81), d) 60-68 (58-65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 60 - 62 (61 - 62), b) (240-300 Pfd) 63-64 (62-64), c) (200-240 Pfund) 63-65 (63-65), d) (160-200 Pfund) 62-64 (62-64), e) (120-160 Pfund) 60-62 (60-62), f) (unter 120 Pfund - (-), g) (Sauen) 55 (54-55).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 9. September: I. 143 Mark, II. 131 Mark, III. 115 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Weiter Angebot zu Stützungspreisen.

 (Berliner Getreidebörse vom 9. Sept.)

SPD. Die Situation an der Berliner Produktenbörse hat sich am Dienstag in keiner Weise geändert. Am Markte der Zeitgeschäfte lag weiter ein sehr umfangreiches Angebot an Weizen und Roggen zu Stützungspreisen vor, das auch von der Stützungsstelle teilweise zu letzten Notierungen aus dem Markt genommen wurde. Auch in effektiver Ware war das Angebot sehr reichlich. Da jedoch nur ein Teil davon Aufnahme fand, wurden auch ziemlich umfangreiche Mengen an Brotgetreide zu geringeren Preisen angeboten und umgesetzt. Am Mehlmarkt blieb die Lage unverändert. Das Geschäft war wenig umfangreich und die Forderungen der Mühlen für Weizenmehl waren teilweise ermässigt. Der Hafermarkt verkehrte ohne jede Anregung. Angebot war reichlich vorhanden, jedoch machte sich nur vereinzelt Kauflust bemerkbar. Bevorzugt wurden gute Qualitäten in neuem Hafer, alte Ware blieb vernachlässigt.

	<u>8. September</u>	<u>9. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 251	246 - 251
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industriegerste	183 - 196	183 - 196
Hafer	176 - 189	176 - 189
Weizenmehl	28,50-36,50	28,50-36,50
Roggenmehl	25,50-28,00	25,40-27,75
Weizenkleie	9,00-9,25	9,00-9,25
Roggenkleie	8,25-8,50	8,25-8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 260, Oktober 262, Dezember 271, März 282,50. Roggen September 193, Oktober 194, Dezember 204, März 215. Hafer September 171, Oktober 172,50-171, Dezember 181-180,50.

 Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....RM.			
" Weizenstroh "	"	"	"
" Haferstroh "	"	"	"
" Gerstenstroh "	"	"	"
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt....."	"	"	"
Bindfadengepresstes Roggenstroh"	"	"	"
" Weizenstroh"	"	"	"
Häcksel	"	"	"
	Tendenz ruhig		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	1. Schnitt "	"	"
Gutes Heu, gesund und trocken	"	"	"
Thymothee, lose.	1. Schnitt "	"	"
"	2. Schnitt "	"	"
Mielitz-Heu (Warthe)	"	"	"
" " (Havel)	"	"	"
Drahtgepresstes Heu.	"	"	"
	Pf. 40 über Notiz.		
	Tendenz still.		

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 67

Berlin, den 9. September 1930

Namenlose Heldinnen.

SPD. Das nach dem Weltkrieg in manchen Ländern errichtete Denkmal des unbekanntem Soldaten ist der erschütterndste Ausdruck des Krieges, Symbol der ungekannten Opfer ungekannter Masse. Aber noch kein Volk hat ein andres Denkmal gesetzt, gewaltiger und grösser als das der Kriegsoffer: das der namenlosen Heldin. Die namenlose Heldin ist die Frau der Masse, die Mutter des neuen Geschlechtes, im ewigen Kreislauf der Fron. Aus ihrem Schoss erneuerten sich nach blutigen Kriegen immer wieder Volk und Menschheit. Unermüdlich erfüllte sie ihre Mission des Lebenspendens und Lebenserhaltens, inmitten von Zerstörung und Vernichtung. Dabei war sie stets zugleich Arbeiterin. Sie schuf auf primitiver Wirtschaftsform Ernährung und Kleidung - aber niemand gab ihr Rechte. Dann machte eine neue Herrscherin, die Maschine, aus der namenlosen Heldin die Industriearbeiterin, und damit trat die Frau ein in den Kreis der als Berufsarbeiter anerkannten, in die Selbständigkeit.

Auch die Last des letzten furchtbaren Krieges hat die namenlose Heldin getragen, den man ihr noch mehr aufzwang als dem Manne, denn sie hatte keinen Anteil an der Politik ihres Landes. Wir sahen sie als Arbeiterin auf den Werften, Führerin auf Strassenbahnen, überall in schwerster Arbeit. Gepeinigtes blieb in unsrer Erinnerung der lange Zug der Munitionsarbeiterinnen mit den fahlen, von Pikrinsäure gelb gefärbten Gesichtern. Unvergesslich ist die Schar abgehärmt, vor Kälte und Unterernährung fast zusammenbrechender Frauen vor leeren Läden, unvergesslich das furchtbare Warten auf Nachricht aus dem Felde. Als das Angebot des Waffenstillstandes hinausgegangen war, zogen die namenlosen Heldinnen zu hunderttausenden hinaus auf die Strassen mit ihren primitiven Fahnen und Plakaten: "Wir wollen Frieden, Freiheit und Brot!"

Es kam der erste Lichtblick: die deutsche Republik, mit ihr die deutsche Staatsbürgerin. Die Namen- und Rechtlose wurde eingereiht in die Seite der Männer. Die Sozialdemokratie löste nun, sobald sie es konnte, ihr altes Versprechen ein, trug Dankesschuld ab auch den alten Kämpferinnen, die namenlos in ihren Reihen gestanden hatten in der Zeit des Sozialistengesetzes.

In 12 Jahren haben Frauen nun als gleichberechtigter Teil des deutschen Volkes sein Schicksal mitbestimmt; alles mitgetragen: die bitteren Enttäuschungen harten Friedensdiktates, Inflation und Zerrüttung, aber auch den Fortschritt, den erweiterter Einfluss organisierter Arbeiterschaft auf die Politik gebracht hat: Sozialpolitik, Mutterschutz, Kinderschutz, Jugendwohlfahrt, neue Schule, trotz immer noch bestehender Wohnungsnot manch schöne, wohlgelungene Versuche, für gesundheitlich und kulturell ausreichende Wohnungen. Dennoch - auch heute noch spielen sich Millionen Frauenleben ab im Schatten namenlosen Heldentums. Auf Frauenschultern drückt die Belastung von Erwerbszwang, der nicht beglückender, frei gewählter Beruf ist, verbunden mit den Pflichten der Mutter und Hausfrau. Wo wir hineinsehen ins Leben der Arbeiterin, finden wir sie immer noch im Dienste dieser dreifachen Last ungemessenen Arbeitstages, der um 4 oder 5 Uhr morgens beginnt, bis spät in die Nacht hinein währt, finden wir, dass sie die karge Erholungszeit, die der Mann nutzen kann, verbringen muss in schwerer Fron der Hausarbeit. Das Wochenende spielt sich ab in grosser Wäsche, dem Säubern der Wohnung, dem Nähen und Flickern. Wer denkt daran, dass die sauberen Hemden unserer

Proletariatkinder, ihre mühevoll gestopften und geflickten Kleidungsstücke von stillem Heldentum erzählen, von wortlos geopfertem Freistunden, von durchwach=ten Nächten! Und stilles Heldentum trägt die werdende Mutter in der Fabrik und Werkstätte, wenn sie, der Schonung so sehr bedürftig, trotzdem ausharrt um des geringen Lohnes willen. Viel schwerer als dem Manne sind ihr die Lichtblicke erreichbar, die das Arbeiterleben kennt: das Wochenende im Freien, die Teil=nahme an Bildungsveranstaltungen, das Mitwirken in Partei und Gewerkschaft. Den=noch finden wir Frauen, die auch das noch fertig bringen trotz ihrer Belastung. Wie stark sind solche Naturen, die nach dem Grundsatz leben: "Der Geist darf nicht leer ausgehen!" Denkende Arbeiterinnen, die ihr Schicksal ausdrücken mit den Worten: Am Feierabend ist mir, als ob die Käfigtür geöffnet würde.-

Wie der Industriearbeiterin ergeht es der hart fronenden Landarbeiterin, noch schlimmer der Heimarbeiterin, - die letzten Erhebungen über Frauenarbeit im Handel und Gewerbe zeigen, dass auch in diesen Schichten, die sich so gern bür=gerlich dünken, proletarisches Leben an der Tagesordnung ist.

Am schwersten lastet die neue Tragik der Besitzlosen - die Arbeitslosigkeit Nicht nur die eigene Arbeitslosigkeit, noch mehr die des Mannes trifft mit voll=er Wucht die Frau. Mit unzureichenden Mitteln soll sie den Haushalt aufrecht erhalten - bedarf es einer Beweisführung, welche Erbitterung im Familienleben eintritt durch die Qual der Arbeitslosigkeit, die gerade die Besten zermürbt! Unübersehbar ist die Schar der namenlosen Heldinnen im Dienste der heutigen Zwangsmutterschaft, der Frauen, denen noch die Aufklärung vorenthalten wird, um di Zahl ihrer Kinder zu regeln, der Hunderttausende, die deshalb alljährlich zur Ab=treibung greifen und Opfer werden des mütterlichen § 218.

Und hinter all diesen Namenlosen steht heute die aufsteigende Nacht der Sozialdemokratie, der Glaube an die Ueberwindung der sinnlosen heutigen Wirt=schaftsordnung durch eine planmässige und sinnvoll geordnete Gemeinwirtschaft, die allen Arbeitern Brot und Freiheit bringen muss. Wir stehen mitten im Kamp=fe, den eigennützig, interessierte Gruppen, besorgt um Verluste ihrer Vorrech=te und ihres unberechtigten Wohllebens, gegen die Interessenwahrnehmung des gan=zen grossen Volkes führen.

Die Sozialdemokratie erkennt als ihre historische Mission die Erringung der neuen Gesellschaft auf dem Wege des Fortschritts, der Katastrophenpolitik von links und rechts vermeidet. Das Bürgertum muss sich entscheiden, ob es diese Weg gehen will mit der Sozialdemokratie, oder ob es in einsichtslosem Egoismus Katastrophe und Untergang herbeiführen will.

Als Mitkämpferin auf diesem Wege brauchen wir die Frau. Wir müssen sie er=wecken zur Erkenntnis, dass wir neues, anderes Heldentum von ihr erwarten, nicht mehr, wie bisher, stilles Dulden und Ertragen. Sie muss ihre Kräfte einsetzen in den Reihen des Kampfes zur Beendigung von Kindernot, Mutternot, Männernot, für die Herbeiführung der neuen, sinn= und planvoll aufgebauten Gesellschaft. Das ist das schönste Denkmal, das wir alle den namenlosen Heldinnen der Vergangen=heit setzen können. Damit ergibt sich auch die Pflicht der Frau, die Entschei=dung der bevorstehenden Wahl nicht gering einzuschätzen. Die Stimme der namen=losen Heldin gehört am 14. September der Sozialdemokratie.

Adele Schreiber.

Katholische Frauenziele.

SPD. Der vor einigen Tagen in Münster veranstaltete 69. Katholikentag, verfolgte den Zweck, neue Zielsetzungen zu zeigen und einen Ueberblick über den Stand der katholischen Bewegung in Deutschland zu geben. Wenn man hört, was hier ausgesprochen und festgelegt wurde, so verwandelt sich diese scheinbar rein interne Angelegenheit einer kirchlichen Konfession bald in etwas anderes.

Diese Tagung hat es klar ausgesprochen: Die katholische Bewegung will Macht gewinnen, Macht innerhalb der Republik, um ihre Ziele in die Tat umzusetzen. Und hier ist der Punkt, an dem vor allem wir sozialistischen Frauen das Recht und die Pflicht haben, uns mit diesen Plänen und Hoffnungen auseinanderzusetzen. Diese Tagung stand unter dem Zeichen eines der wichtigsten Probleme unsrer Zeit das auch uns tief bewegt: Der Erziehung der Jugend. Von hier aus knüpft sie an das Problem der Ehe, der Frau und der Familie an.

Die Ziele des Katholizismus inbezug auf die Erziehung der Jugend sind seit Jahrhunderten die gleichen geblieben. Konfessionelle Volksschule, katholische Lehrer für Höhere Schule und Universität: in dieser Richtung wird auch diesmal mit einer geradezu fanatischen Leidenschaft vorgestossen. Es gibt auch heute noch viele sozialistische Frauen, denen dieses Ziel zwar nicht gerade erstrebenswert, aber immerhin nicht des Kampfes und der scharfen Ablehnung wert dünkt, die es verdient. Was die Katholisierung der Schule in Wirklichkeit bedeutet, das hat einer der katholischen Führer selbst mit einer staunenswerten Offenheit ausgesprochen: "Das grösste Hindernis der Christianisierung Europas ist der objektive Geist der modernen Kultur, der sogar uns Katholiken befällt. Kein Wunder, da wird durch die modernen Staatsschulen gehen. Wenn da wahrhaft katholische Klassiker, ein wirklich katholischer Goethe, ein katholischer Kant gelesen würden, welche andere Situation wäre es! Sie muss geschaffen werden!" - Was das bedeutet, wird jeder Mutter klar sein. Es bedeutet die Knebelung jeder freien Meinungsäusserung, die Durchdringung aller weltlichen Fächer, wie Geographie, Geschichte, Naturgeschichte, Deutsch, mit konfessionellen Gesichtspunkten, das Herabsinken der Leistungen zugunsten erbaulicher religiöser Uebungen, der Kirche muss sich alles beugen: Schüler, Eltern und Lehrer, Kunst und Wissenschaft, Pädagogik und freie Forschung, Das Mittelalter soll wieder auferstehen, das alle die zum Scheiterhaufen verurteilte, die es wagten, anderer Ansicht zu sein als die Kirche.

Damit ist das Programm des Katholizismus jedoch nicht erschöpft. Eine der führenden katholischen Frauen hat ausführlich die Ehe und Familie unsrer Zeit behandelt und kommt zu folgendem Ergebnis: "Wenn der Kindersegen auch in katholischen Gegenden heute abnimmt, so ist das nicht nur die Auswirkung wirtschaftlicher Not, sondern die Folge davon, dass heute weithin kein bewusstes Mitwirken mit der sakramentalen Gnade mehr ist!" Sie fordert die Autorität des Mannes über das Weib, die Unauflöslichkeit der Ehe, die Ungültigkeit der nur standesamtlichen Eheschliessungen, die "ihres sakramentalen Charakters entkleidet" seien. Dieses Ziel bedeutet das Herabsinken der Frau in die Knechtschaft früherer Jahrhunderte, die absolute Hörigkeit auf politischem, wirtschaftlichem, sexuellem Gebiet, die vollkommene Wehrlosigkeit der Frau einem anmassenden Gatten gegenüber, von dem sie sich "um des heiligen Sakramentes der Ehe willen" nicht scheiden lassen darf, der Gebärzwang, selbst in den Fällen von Krankheit, von schwerster wirtschaftlicher Not! Was von mutigen Frauen und Männern, die von tiefster Menschlichkeit beseelt waren, in Jahrzehnten mühsam aufgebaut wurde, soll zerstört, und das Rad der Geschichte und der menschlichen Kultur soll gewaltsam wieder zurückgedreht werden.

Diese Tagung aber hat nicht nur den sozialistischen Frauen etwas zu sagen; sie wird auch Tausenden von Katholikinnen die Augen öffnen! Denn im katholischen Lager gärt es. Die wirtschaftliche Not, die sich durch keine katholische Phrase leugnen lässt, hat manche Frau zur Besinnung gebracht, und das Märchen von einer "besseren Welt im Jenseits" wird nur noch von wenigen geglaubt! Aus den Tiefen des Volkes selbst ist dem Katholizismus ein Gegner entstanden, der ihm unnachsichtlich den Schleier vom Gesicht reisst, der die wahren Ziele des Katholizismus enthüllt: das Streben nach Macht, die Rückkehr ins Mittelalter. Dieser Gegner ist der Sozialismus, der sich der Armen und Bedrückten angenommen hat, der auch der rechtlosen Frau Menschenwürde und Menschenwert verlieh, der ihr Verantwortungsgefühl und Persönlichkeitswert einpflanzte!

Glaubt es nicht, Ihr katholischen Frauen, wenn man Euch sagt, der Sozialismus schände die "Heiligkeit der Ehe", würdige die Frau herab, erziehe die Kinder zu gottlosen, verantwortungslosen, unmoralischen Menschen! Das Gegenteil ist wahr! Wir wollen eine Ehe, in der zwei verantwortungsbewusste Menschen auf gleicher Basis nebeneinander stehen, keiner dem anderen untertan, sondern beide im Geiste der Liebe, des Vertrauens und der Achtung voreinander schaffen und wirken! Wir wollen die Aufzucht gesunder, gern empfangener und mit Freuden geborener Kinder im gleichen Geiste, in dem die Eltern einander zugetan sind, in freiwilliger Einordnung in die Gemeinschaft der Familie und des Staates, in Pflichterfüllung und Schaffensfreude! Und wir wollen endlich eine Ethik, eine Moral, in der Ihr den tiefsten Gehalt des neutestamentlichen Christentums, das längst hinter Dogmen und Formalismus verkümmert ist, wiederfinden werdet: Die Liebe zum Nächsten, das heisst, zu jedem, der unser bedarf, zu denen, die in elenden Wohnungen hausen, zu den verhärmten Müttern und Frauen zu den Kindern, die in lichtlosen Hinterhäusern und feuchten Höfen ihre Jugend verbringen! Helft uns bei unsrer Arbeit, Ihr alle, die Ihr heute noch ängstlich und abwartend abseits steht! Um Eurer Familien, um Eurer Kinder, um Eurer selbst willen: Kommt zu uns!

E.M.

Regennacht im Hinterhof.^x

SPD. Der Regen klatscht in den winzigen Hof hinein. Der Hof sieht aus wie ein kleiner Schacht. Von allen Seiten wachsen Mauern um ihn empor.

Wenn im Vorderhaus einer die Treppenbeleuchtung einschaltet, dann springt auch im Hof die Lampe an und wirft drei Minuten lang einen Lichtschein auf die feuchten Mauern, an denen das Regenwasser herunter läuft, um endlich eintönig murmelnd in der Gosse zu verschwinden.

Ueber dem Ganzen steht als viereckiger Ausschnitt der rötliche Nachthimmel. Hier und da klebt auf der schwarzen Häuserwand das helle Viereck eines erleuchteten Fensters. Auf den Vorhängen erscheinen die Schatten von Menschen. Man hört durch die Scheiben hindurch Grammophonmusik. Irgendwo in einer Wohnung wird Klavier gespielt.

Ein gutbürgerliches Mietshaus ist es. Mit grossen herrschaftlichen Wohnungen. Dort, wo die Seitenflügel mit dem Hinterhause zusammenstossen, liegen übereinander die hellen, geräumigen Küchen. In der einen brennt noch Licht. Man sieht eine Hausangestellte Geschirr und Töpfe an ihren Platz räumen.

Es ist schon längst in der zehnten Stunde. Der Regen fällt noch immer in stumpfer Monotonie in den kleinen, schwarzen Schacht des Hofes. Graue Wolken jagen am Himmel entlang. Eine düstere, feuchte Herbstnacht überzieht die Stadt.

Das Licht in der Küche erlischt, und das schmale, winzige Fenster des Mädchenzimmers erhellt sich. Das Fenster wird geöffnet. Ein Mädchenkopf, von dem man nur die Umrisse erkennen kann, beugt sich zum Fenster hinaus.

Endlich Feierabend! Die Küche ist in Ordnung. Nun hat das Mädchen vielleicht noch eine halbe Stunde vor dem Schlafengehen für sich. Eine kurze halbe Stunde, die ihr ganz allein gehört. Aber sie ist zu müde, um etwas anderes damit anzufangen als hier am Fenster zu stehen und in die regenfeuchte Nacht hinauszustarren.

So verbringt man seine Jugend, seine besten Jahre in der Grosstadt. So wird man langsam alt - in fremden Wohnungen, unter fremden Menschen, die immer von oben auf einen heruntersehen, für die man putzen und scheuern, kochen und waschen muss. Fröhlich um $\frac{3}{4}$ 6 klingelt der Wecker, beginnt der Tag. Abends um 9 oder 10 ist man endlich fertig. Alle vierzehn Tage ein freier Sonntag: Was ist das schon für ein Leben! Gar keins oder doch nur eins der allerärmlichsten.

Schlafen - das ist vielleicht immer noch das Beste, was einem da übrig bleibt. So kommen, wenn man den Kopf jetzt in die Hände stützt, Gedanken angeflo=gen. Trübe, furchtsame, die man verscheuchen möchte, und die doch zähe sind und immer wiederkehren. Vielleicht wandern sie auch nach Hause. In ein kleines Dorf. In eine kleine Landstadt. Wer weiss, wie viele Kilometer weit man mit der Bahn dorthin fahren muss! Und wie mag es zu Hause aussehen? Ob der Vater wieder Arbeit hat? Es ist schon so lange kein Brief mehr gekommen. Manchmal ist es so=gar, als hätte man das Zuhause verloren. So lange ist man schon in der fremden Stadt... -

Der Himmel liegt wie einfeuchter Sack schwer auf den Häuserblöcken der Stadt. Unablässig fällt der Regen. Das Licht in der Mädchenkammer ist erlo=schen...

An die Mutlosen,^x

Du klagst,
Verzagst,
Ergibst dich stumm,

Warum?

Dein Schicksal ruht
In deiner Faust,
Wie du dir's baust,
Ob schlecht, ob gut,
So wird es sein. --
Fass wieder Mut!
Stehst nicht allein,
Füg dich nur ein
In unsre Reihn!
Ob Mann, ob Frau,
Greif wacker zu
Beim Schicksalsbau -
Für alle du
Und sie für dich -
Und schöner wölbt die Zukunft sich.
Paul Mochmann,

SPD. Im Namen der Sittlichkeit,^x Das Gretchenschicksal des Mittelalters war von grausamer Härte gegen die unglückliche "Gefallene", Wollte diese ihr Unglück verheimlichen und wurde von der Verzweiflung zum Kindesmorde getrieben, so hätte sie die Todesstrafe zu gewärtigen. Im früheren Mittelalter war das "Ertrencken" beliebt, später die Hinrichtung durch das Schwert, Grässliche Fol=terqualen pressten die Bezichtigten zum Geständnis des Kindesmordes, oder der "Unzucht", selbst wenn sie unschuldig und nur Opfer gemeiner Denunziation wa=ren. Der Exekution der armen Sünderinnen wohnte das ganze Volk wie einem fest=lichen Schauspiel bei, besonders ihre mitleidlosen Geschlechtsgenossinnen, Bei nachgewiesener Vergewaltigung wurde die Strafe "gemildert" zur öffentlichen Auspeitschung, die häufig genug doch zum Tode führte, während der Vergewaltiger mit der Strafe der Verbannung davonkam,

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

27. Tag. V. Klasse Vormittags-Ziehung vom 9. September

2 Gewinne zu je 5 000 Mk.	332204						
4 Gewinne zu je 3 000 Mk.	284122	327570					
24 Gewinne zu je 2 000 Mk.	30845	89667	101793	153314	177814	188300	
	234501	250957	259988	279954	282959	316211	
38 Gewinne zu je 1 000 Mk.	60789	82500	92205	95350	97837	109534	
	110808	132878	133346	143211	247260	249624	
	261012	290202	295094	296142	296869	311165	
	382723						
70 Gewinne zu je 500 Mk.	40399	94385	117168	124150	124546	138087	
	142046	156534	159024	184400	193636	208120	
	212004	241165	252630	257595	267168	272893	
	277128	286034	296304	297521	304182	308060	
	312410	331560	338770	341426	341733	345751	
	347211	356690	376534	381433	383431		
256 Gewinne zu je 300 Mk.	1362	2561	4840	9633	15137	23141	
	24445	27719	27879	29237	33430	34553	
	36208	36226	36445	37450	41101	43914	
	44256	46867	61144	63886	79987	81126	
	85943	88372	88925	89545	93257	99845	
	103642	109065	109337	110770	111469	116868	
	121784	130649	130820	132598	136619	139907	
	140342	143204	143648	149001	150200	160084	
	162376	165329	168952	171775	175201	177669	
	180160	182361	182996	185193	185538	189683	
	190611	192748	198023	211300	219443	222439	
	222454	223927	231546	233523	236230	238671	
	241854	247000	250037	256768	258306	260076	
	261223	261973	267573	270065	272457	272720	
	276295	278824	282117	283456	287286	287434	
	292217	296483	306198	308574	313047	317460	
	318944	322836	323088	326166	331536	332321	
	337138	339840	340019	341213	341907	348904	
	348923	355743	357462	361005	364338	367868	
	369385	371629	371666	373616	378461	378995	
	379223	379820	382864	383281	384704	389885	
	394603	398810					

27. Tag. V. Klasse Nachmittagsziehung vom 9. September.

2 Gewinne zu je 10 000 Mk.	144168					
12 Gewinne zu je 3 000 Mk.	12384	22666	72437	230128	350843	368503
10 Gewinne zu je 2 000 Mk.	43488	75577	144423	176028	389683	
40 Gewinne zu je 1 000 Mk.	19398	31419	33767	36041	48431	82055
	98811	99465	108761	145338	163571	164225
	273811	288825	291377	293434	296838	307276
	321908	384501				
66 Gewinne zu je 500 Mk.	2437	25093	27045	43993	51877	84378
	91233	93503	95268	95478	104335	124088
	138962	140330	200803	203419	212747	218912
	223532	236775	242972	262689	264124	286523
	297141	300589	305120	336722	338246	357373
	358477	380068	397037			
168 Gewinne zu je 300 Mk.	7813	8088	10796	16296	29276	31704
	32032	40543	46196	47074	47309	48873

60170	62186	67107	68440	76452	87091
92968	95222	95697	98997	99576	107411
108960	109192	118357	123516	125638	128023
132861	137770	137893	141454	147561	155993
168268	172925	177535	178583	179755	196179
200503	205034	208440	209263	212026	214193
215599	234644	237612	241980	244699	250673
256835	258918	260908	261607	261733	274236
286566	291580	292213	292336	298080	309940
310131	317414	322719	331804	332301	332506
336206	337481	339670	340765	343380	345915
356782	372685	382056	383655	390420	399080

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je	500 000 Mk.	4 Gewinne zu je	25 000 Mk.
10 Gewinne zu je	10 000 Mk.	10 Gewinne zu je	5 000 Mk.
18 Gewinne zu je	3 000 Mk.	60 Gewinne zu je	2 000 Mk.
102 Gewinne zu je	1 000 Mk.	294 Gewinne zu je	500 Mk.
766 Gewinne zu je	300 Mk.		

SPD.
